

# Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Jahrs-Expedition: Poststraße 4, 0, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Hauptgeschäft: Wetzlar, Poststraße 110, sowie durch alle Ausläger zu beziehen. Jahrespreis (fortwährend) 6,00 Goldmark. Durch die Postsendung monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Verantwortl. Anst. Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienangelegenheiten 10 Pf., Verlobungs- und Trauungs-Anzeigen 5 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Poststraße 4, 0 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Deutschnationale Stimmenthaltung? Auhhandel hinter den Kulissen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Am Montag hat der deutschnationale Parteivorstand im Reichstag die Erklärung abgegeben, daß seine Fraktion am Donnerstag die Dawes-Gesetze ablehnen werde. Niemand hat diese Erklärung im Reichstage ernst genommen — die Ueberzeugung war und ist allgemein, daß die Deutschnationalen umfallen werden, sobald ihnen dazu eine Gelegenheit geboten wird. Inzwischen sind die Beratungen zur Vorbereitung des Umfalls eingeleitet, und wiederum erscheint im Hintergrund Herr Stegerwald als der Kanzler des Bürgerblocks.

Der Preis für den Umfall ist der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierungskoalition. Diese Möglichkeit soll unter allen Umständen geschaffen werden, und zunächst ist deshalb die Wirtschaftspartei auf den Plan getreten, um den Weg hierfür zu ebnen. Sie hat am Dienstag im Reichstag einen Antrag eingebracht, nach dem der Reichstag beschließen soll, daß zur Verabreichung der Dawes-Gesetze eine Weidrittelmehrheit nicht notwendig ist. Der Sinn dieses Antrages ist, den Deutschnationalen die Stimmenthaltung zu ermöglichen und dadurch ihren Eintritt in die Regierung vorzubereiten. Aber auch diesmal ist die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn zunächst steht fest, daß die Sozialdemokratie gegen den Antrag der Wirtschaftspartei stimmen wird. Das Gleiche dürften die Demokraten und große Teile des Zentrums tun, die ebenfalls nicht daran denken, den Deutschnationalen die Stellung auch nur im geringsten zu erleichtern. Man muß also damit rechnen, daß der Antrag der Wirtschaftspartei abgelehnt wird, jedoch die Deutschnationalen sich schon nach anderen Möglichkeiten zum Umfall umsehen müßten und die Gelüste des Herrn Stegerwald, Reichskanzler des Bürgerblocks zu werden, nicht ohne weiteres in Erfüllung gehen werden.

Aber die Möglichkeit eines Umfalles und die Entstehung des Bürgerblocks ist nach wie vor gegeben, obwohl der Reichskanzler Marx und die Zentrumsminister mit Ausnahme des Herrn Brauns „unter keinen Umständen“ daran denken, eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen verwirklichen zu helfen. Desto mehr Energie bietet die Volkspartei als Schrittmacherin der deutschnationalen Wünsche für den Fall des Umfalls auf. U. a. hat sie am Dienstag im Reichstage einen Antrag eingebracht, der wie folgt lautet:

- „Der Reichstag wolle beschließen: In dem Entwurf des Gesetzes über die Londoner Konferenz ist zwischen den §§ 3 und 4 der folgende § 3a einzufügen:  
Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zu Grunde liegenden Sachverständigengutachtens nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken,  
a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Vertrages von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus besetzt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber ehestmöglich vor dem 15. August 1925, geräumt werden;  
b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von den englischen Konjuristen als notwendig anerkannt wurde;  
c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Besatzungsbehörden gezogenen Grenzen nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht gekümmert werden.“

Dieser Antrag soll das Rettungsseil für die Deutschnationalen sein. Sie haben am Montag bekanntlich durch ihren Parteivorstandenden Herrat u. a. erklären lassen, daß sie ihre Stellungnahme im Eventualfall revidieren, wenn ihrer Auffassung durch bestimmte Anträge, Rechnung getragen wird. Die Deutsche Volkspartei glaubt nun, die Formulierung eines derartigen Antrages in der vorstehenden „Abänderung“ zu dem Entwurf des Gesetzes über die Londoner Konferenz gefunden und den Deutschnationalen den Umfall ermöglicht zu haben. In Wirklichkeit aber handelt es sich in dem Antrag der Volkspartei um gar nichts anderes, als um eine Entschlebung, die der Reichstag annehmen und die Regierung zur Kenntnis nehmen kann. Diese Entschlebung ist für beide Teile, insbesondere für das

Kabinet, unverbundlich, denn es heißt in ihr ausdrücklich, daß die Regierung lediglich auf bestimmte Wünsche hinwirken soll.

Ein Funkenbericht des „Soz. Parl.-Dienstes“ meldet dazu:  
Die Vermittlungsanträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei genügen den Deutschnationalen, wie sie noch am Dienstag Abend erklären ließen, nicht. Sie fordern, daß förmliche Entschlebungen gewissermaßen als „Bedingung“ betrachtet und so formuliert werden, daß die Durchführung des Sachverständigengutachtens hinlänglich wird, sobald in einer bestimmten Zeit diese Bedingungen nicht erfüllt werden sollten. Infolgedessen werden sich die Deutschnationalen voraussichtlich der Abstimmung enthalten. (1) Sie dürften auch, wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, gegen den Antrag der Wirtschaftspartei, der die Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz verwerfen will, stimmen.

Die deutschnationalen Helden würden mit einer solchen Haltung den Gipfel der Lächerlichkeit erreichen. Nach monatelangen Geschrei über ein „weites Versailles“, über „das Ende der nationalen Freiheit“, über „Vollverrat“ usw. bei der Abstimmung ganz leise weder Ja noch Nein zu sagen, — das bedeutet wirklich eine rasche Anpassung an eine besonders üble Sorte von parlamentarischen Auhhandelsgeist! Und das alles aus Angst vor Auflösung des Reichstages und Neuwahlen und aus Hoffnung auf die Annahme der Brotzölle durch die jetzige Reichstagsmehrheit! Man kann dem morgigen Tag der Abstimmung wirklich mit Spannung entgegensehen. Neben der ernsten Schicksalsentscheidung haben wir aller Voraussicht nach auch eine menschliche Komödie deutschnationalen Heldenstolzes zu erwarten.

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen weiteren Antrag eingebracht, der den Deutschnationalen den Umfall erleichtern soll. Darin heißt es:  
„Das deutsche Volk erklärt durch seine berufenen Vertreter, daß die Zustimmung zu den Londoner Vereinbarungen und zu dem ihnen zugrundeliegenden Sachverständigengutachten keine Erneuerung des Eingeständnisses der Schuld Deutschlands am Weltkriege bedeutet.“ (Die Deutschnationalen haben doch gerade immer behauptet, daß der Vertrag von London nur eine Folge des Versaillescher Schuldartikels und der Unterlassung einer rechtmäßigen neuen deutschen Regierungserklärung zur Schuldfrage gegenüber dem Auslande sei. Sie müßten also eigentlich gegen diesen Antrag stimmen, in dem festgesetzt wird, daß unsere Schulden keine Folge unserer Schuld sind. Red.)

### Wie die Kommunisten in ihrer Blindheit den Schwerindustriellen in die Hände arbeiten.

Die Kommunisten kämpfen gegen das Sachverständigengutachten in Hand mit den Deutschnationalen und Deutschvölkischen. Sie sind die eifrigsten Förderer des der Arbeiterbewegung so ungeheuer gefährlichen Nationalismus. Sie sind aber zugleich auch, was weniger deutlich wird, die Schrittmacher der kapitalistischen Reaktion und die Förderer des kapitalistischen Profits auf Kosten der Arbeiterklasse.  
Bei den Beratungen, die am Dienstag im Reichstag über die Befastung der Industrie durch das Sachverständigengutachten stattfanden, trat das deutlich zutage. Die Kommunisten kämpften gegen diese Befastung der Industrie und wurden dafür öffentlich von einem der ausgesprochensten Vertreter der Schwerindustrie, dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Beder-Hessen, belächelt. Dr. Beder-Hessen erklärte unter anderem gegen unsere Abgesandten:

„Ich unterstreiche noch einmal, was Herr Roenen heute wiederholt konstatiert hat — auch Herr Rath hat heute davon gesprochen —: Jede derartige Befastung müßte die Exportfähigkeit unserer Industrie mindern. Davon ist gar kein Zweifel; das ist eine rein kapitalistische Auffassung. Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten, das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen. Herr Roenen ist auch mein Kronzeuge für unsere Auffassung, daß Steuern bis zu einem gewissen Grade abgewälzt werden müssen. Ich werde, wenn wir demnächst über neue Steuergesetze beraten, hoffentlich Herrn Roenen genau in derselben Weise auf meiner Seite finden, wie es heute der Fall war. Ich gehe nun nicht einmal so weit wie Herr Roenen. Das würde ja bedeuten, daß man jede hohe Steuer bekämpfen muß, weil sie die Exportfähigkeit der deutschen Industrie schädigt, weil sie den Inlandsmarkt umso viel weniger ausnahmefähig macht, weil sie die Preise in die Höhe treibt und wie all die hübschen Ausführungen der Kommunisten lauten.“  
Dr. Beder hat vollkommen recht: um das Sachverständigengutachten zu bekämpfen, unterstützen die Kommunisten die Finanzpolitik der Kapitalisten

### Poincaré gegen Herriot.

Er verlangt Vertagung der Abstimmung im Senat. Auch der Senat billigt aber Herriots Verträge.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachmittags-Sitzung des Senats brachte die seit langem angekündigte Rede Poincarés zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz. Er gab zu, daß er selbst den Dawes-Plan in seiner Gesamtheit angenommen habe und betonte, daß er nicht die Absicht habe, Kritik zu üben an dem, was geschehen sei, sondern nur zu untersuchen, ob man es in London nicht hätte besser machen können. Sehr eingehend befaßte sich Poincaré dann mit der von dem Abgeordneten von Blum in der Kammer an seiner Politik geübten Kritik, und als er dabei von Blum als dem „wahrhaftigen Minister des Kabinetts Herriot“ sprach, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß mit Herriot, der sich diese Bezeichnung verbat. Zu einem weiteren Zusammenstoß mit Herriot kam es, als Poincaré diesem zum Wortwort machte, daß er sich gegen die Beschränkung der Rechte der Reparationskommission nicht entschieden genug zur Wehr gesetzt habe. Herriot erwiderte darauf in sehr scharfer Zuipfugung, daß er die dahingehenden Forderungen der Alliierten allerdings hätte ablehnen können, genau so gut, wie er in jedem anderen Moment, wenn er es gewollt hätte, die Londoner Konferenz hätte zum Scheitern bringen können. Poincaré übte sodann heftige Kritik an der Einführung des schiedsrichterlichen Verfahrens, das in Wirklichkeit den Verzicht auf die Feststellung jeder Verletzung bedeutet. Er könne in den Londoner Verhandlungen keineswegs den Fortschritt sehen, den Herriot darin erblicke, und das minderte sich, daß das Parlament seine Zustimmung verweigere, bis die deutschen Obligationen auf dem Weltmarkt untergebracht seien. Auch in diesem Punkte habe Frankreich seine Trümper aus der Hand gegeben, ohne das geringste dafür abzugeben. Lediglich auf dem Gebiete der Naturallieferungen habe die französische Delegation Verbesserungen erzielt. Dagegen stelle die Deutschland zugewandte Möglichkeit eines Einspruchs gegen die Beschlüsse des Transportskomitees ein weiteres bedenkliches Zugeständnis dar.

Nach einer einstündigen Unterbrechung der Sitzung kam Poincaré auf die vorzeitige Klärung des Ruhrgebietes zu sprechen. Die Aufrechterhaltung einer wenn auch räumlich verdingerten Besetzung, wäre eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, denn wenn es nicht gelänge, die Obligationen zu mobilisieren, so stürze der ganze Dawes-Plan in sich zusammen und Frankreich würde in diesem Falle gezwungen sein, zu der Politik der Pfänder zurückzukehren. Wenn dieser Fall eintrete, so würde Frankreich künftig keine Soldaten mehr im Ruhrgebiet haben, und wenn Deutschland sich einem neuen Einmarsch widersetze, so würden die Folgen neues Blutvergießen sein, das man hätte vermeiden können.

Paris, 27. August. (Eigener Funkenbericht.) Auch der französische Senat hat am Dienstag in später Abendstunde die Ergebnisse der Londoner Konferenz gutgeheißen. Der neue parlamentarische Erfolg, den Herriot damit buchen kann, ist noch größer als der in der Kammer, weil diesmal nicht nur die Mitte, sondern auch ein Teil der Minderheit für die Regierung gestimmt hatte.

### Der deutschnationale bayerische Justizminister für Annahme.

München, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Zustimmung Bayerns zum Londoner Abkommen wurde im bayerischen Ministerrat auch in Anwesenheit des deutschnationalen Justizministers Gartner und des Vertreters der deutschnationalen Landtagsfraktion beschloffen, und zwar, wie offiziös mitgeteilt wurde, in voller Eintracht.

### Vorschläge der Interparlamentarischen Konferenz.

Bern, 26. August. (Eigener Funkenbericht.) Auf der Interparlamentarischen Konferenz betonte am Montag der frühere Völkerbundsdelegierte Parliery den Verhandlungswillen und die Friedensziele Frankreichs und reichte unter dem kühnlichen Beifall der Konferenz dem deutschen Vertreter Schäding die Hand. Die Konferenz faßte einstimmig den Beschluß, daß alle Mitglieder für eine Verfassungsänderung eintreten sollen, die alle Reichsvereinigungen zwischen den Staaten einem Volkserichtshof unterbreitet. Angenommen wurde ein Antrag Schädings, der Geheimverträge verbietet und eine Kontrolle der Geheimfonds fordert, ein Antrag Vebrun-Frankreich, eine internationale Kommission zu schaffen für die Aufklärung über die internationale Rechtslage in allen Ländern und ein Antrag Andersen-Dänemark, die Instruktionen der Völkerbundsdelegierten von den zuständigen Parlamenten zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion zu machen.

Bern, 26. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Interparlamentarische Union nahm am Dienstag eine Entschlebung an, in der als das sicherste Mittel für die internationale wirtschaftliche Solidarität die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern durch Unterdrückung aller gegenwärtigen Hemmnisse bezeichnet wird. Sie verlangt die Beseitigung des Zwanges oder wenigstens der Wille. Sie verlangt ferner den Abschluß von Handelsverträgen mit der Zueicherung der gleichen Behandlung der Waren aller Nationen durch die Verkehrstarife auf dem Eisenbahn- und Wasserwege. Eine einheitliche Klassifikation der Waren durch die Frachttarife aller Länder werde den internationalen Verkehr erleichtern.



# Abrechnung mit den Meinsägern.

## Keils Warnung vor neuer Inflation. — Toni Sender und Schumann gegen die kommunistische Verantwortungslosigkeit.

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung steht die zweite Beratung der Gutachten-Gesetze. Als erster Diskussionsredner erhebt das Wort

Abg. Keil (Soz.):

Die Würdigung der Verkörperung der deutschen Währungsfrage in der Kriegskassenpolitik. Keine Stimme von rechts ist damals laut geworden als wir die fällige Entschlossenheit während des Krieges antraten und forderten, daß Deutschland die Kriegskosten aus Steuern zahlen solle. Man verließ sich damals darauf, daß man am Ende des Krieges den Gewinn der Rechnung präsentieren würde. Nach Beendigung des Krieges wurde das Spiel in anderer Form fortgesetzt. Die Nationalversammlung hat ein umfassendes neues Steuerwerk, um die Mark zu retten und den Staat zu balancieren. Kaum aber war dieses Steuerwerk beschlossen, da legte im neugewählten Reichstag von 1920 der Sturm gegen diese Gelehe ein. Helfferich begann seine parlamentarische Tätigkeit mit einer Rede, in der er behauptete, das Steuerwerk sei veraltet und die deutschen Großbetriebe. Ich weiß nicht, ob es jemand gibt, der glaubt, daß der deutsche Großbetrieb verarmt worden ist. Sind wir nicht heute das Steuerwerk der Nationalversammlung abgebaut. Für den großen Besitz war noch die angenehme Nebenwirkung verbunden, daß er die Summen, die dem Mittelstand abgezogen wurden, in seinen Händen vereinigte. Die Vertreter der Rechte, die aus der Inflation Gewinne gezogen haben, sollten sich hüten, die Sanierung der Währung zu erschweren, weil sie sich sonst dem Verdacht aussetzen, daß sie die Inflation erneuern wollen.

Wenn die Kommunisten sagen, am Abend der Arbeiterkassen habe sich mit der Stabilisierung nichts geändert, so ist daran viel wahr, daß die Löhne und Gehälter immer noch in trübem Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen. Trotzdem behaupte ich, es gibt keinen denkenden Arbeiter in Deutschland, der sich zurücklehnt nach der Zeit der Inflation. Vom Standpunkt der organisatorischen Machtergreifung der deutschen Arbeiterbewegung ist die Inflation dreifach zu verurteilen. Der Leibel der Arbeiterkassen ist die schlechteste Dienst, der die Arbeiter mit geschwollenen Redensarten der Gefahr aussetzt, auszuweichen in einen Zustand der organisatorischen Ohnmacht zu geraten.

Nichts liegt uns ferner, als Begeisterung für das Gutachten, wenn wir die Konsequenzen ziehen können aus der Situation, in die uns die Politik der Reichsregierung gebracht hat. Die kommunistische Rednerin hat uns gestern die Koalition mit Rußland angeboten. Wir Sozialdemokraten begrüßen jede vernünftige Wirtschaftsvereinbarung mit Rußland, das uns aber die Koalition mit Rußland als bald die Sicherung der Währung bringen würde, erscheint uns kaum erwünscht. Wie, daß sich die anderen Mächte durch eine solche Koalition bewegen lassen würden, auf die Reparationsverbindlichkeiten gegenüber Deutschland zu verzichten. Tun sie das aber nicht, dann würde das Ende vom Ende ein deutsch-russischer Koalitionskrieg gegen die Entente mächte sein, geführt auf deutschem Boden. Ob die Kommunisten einen solchen Krieg wünschen, weiß ich nicht, aber das weiß ich gewiß, daß die deutsche Arbeiterkassen sich dafür bedanken, schon deshalb, weil am Ende dieses Krieges nichts anderes blühte, als die völlige Vernichtung des deutschen Reiches, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung, als Tod und Verderben der deutschen Arbeiterkassen. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Aus diesen Gründen treten wir auf den Boden dieser Gesetzesvorlage. Wäre Deutschland vollkommen frei, könnten wir nach Belieben diese mit der Entente vereinbarten Vorlagen ändern, so hätten wir manche Wünsche auf Änderung vorzubringen. In der Zwangslage, in der wir nun leider sind, müssen wir uns abfinden mit den Grundzügen der Gesetzesvorlage. Zu begrüßen ist dabei, daß das Bankgesetz die starke Deckung von 40 Prozent der Noten vorzusehen, wovon drei Viertel in Gold vorhanden sein muß, ein Viertel in Devisen vorhanden sein kann. Wir begrüßen auch, daß ausschließlich die Reichsbank zur Ausgabe von Banknoten in Deutschland ermächtigt sein wird.

Bei dem Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs der Rentenbankscheine könnte man sich fragen, ob nicht die landwirtschaftliche Rundkreditbank für eine landwirtschaftliche Kreditbank nutzbar gemacht oder dieses Kreditbedürfnis in anderer Weise befriedigt und ein Teil der Fundierungsbefreiung für die Rentenbank zur Deckung verwendet werden könnten. Bei der gewaltigen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und andere Verbrauchssteuern müssen wir entschlossen darauf bestehen, daß mit der einseitigen Schonung anderer Berufsstände und Klassen aufgehört wird. Auf diese Frage wird zurückzukommen sein, wenn demnächst der Kampf um die Lastenverteilung beginnt. Dann werden wir auch der Tatsache gebührend gedenken, daß die Sachverständigen in ihren Gutachten mehrfach mit großer Schärfe auf das himelstreichende Steuerunrecht hingewiesen haben, das darin liegt, daß in dem verarmten

Deutschland der Grundbesitz, der in der Not der Zeit sich noch zu vermehren und vergrößern vermocht hat, in einer Weise steuerlich gelohnt worden ist, die in trübem Verhältnis zur Belastung der großen Massen steht. (Lebhafte Zustimmung links.)

Das Münzgesetz sieht die Ausprägung von Goldmünzen von 10 und 20 Mark von Silbermünzen von 1 bis 10 Mark vor. Eine gesunde Finanzpolitik wird Sparmaßnahmen mit der Ausprägung von Goldmünzen verbinden. Die Gestaltung der künftigen Münzen soll vom Reichsfinanzminister bestimmt werden. Wir bitten ihn, sich dabei zu erinnern der Verfassungsbestimmung, daß das Deutsche Reich eine Republik ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Abg. Walle hat gesagt, kein Volk der Welt habe jemals freiwillig ein solches Dokument unterzeichnet. Diese Freiwilligkeit ist nur zu verstehen, wenn man sich die Zwangslage vergegenwärtigt, in der das deutsche Volk sich durch den Kriegskassen der kaiserlichen Regierung befindet. Wir derselben Freiwilligkeit stimmen wir den Gesetzentwürfen zu. Wir tun es, weil niemand eine andere Möglichkeit gezeigt hat, die uns eine neue sichere Geldwährung bringt, welche unter Beachtung die humanitäre Teilnahme an dem System der Weltwirtschaft gestatte. Wenn die Kommunisten uns raten, wir sollten durch Vereitelung der Zweidrittelmehrheit die Ausprägung des Reichstages, die wir von Herzen wünschen, erzwingen, so können wir zu unserem Bedauern von diesem Ratsschlag keinen Gebrauch machen. Wir müssen es den Kommunisten überlassen, ein Gesetz zum Scheitern zu bringen, für dessen Annahme man hinterher vor den Wählern den Kampf aufnehmen entschlossen ist. Eine derartige Taktik mögen vielleicht die kommunistischen Wähler verfolgen, der einfache Mensch versteht das nicht. (Lehr gut!) bei den Sozialdemokraten.) Wer seine Hoffnung auf neue Katastrophen setzt, wer glaubt, daß Glück und Wehleid der deutschen Völker davon abhängen, daß das deutsche Volk noch einmal durch ein Meer von Blut geht, der mag gegen diese Gesetze stimmen! Wir stimmen den Gesetzen zu, weil wir überzeugt sind, daß wir dem arbeitenden deutschen Volk nur dienen können durch eine mit den harten Tatkaten rechnende Politik der klaren Vernunft. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Lammers (Ztr.): Langfristige Kredite bekommen wir nur, wenn das Vertrauen zu geordneten innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland zurückkehrt. Die Wirtschaft ist durch die Konsequenz der Belastung durch das Industriegesetz bedroht.

Abg. Kay (Komm.): Ob der Reichstag das Gutachten annimmt oder nicht, der deutschen Wirtschaft ist ein Ausweg aus der Umklammerung durch das ausbeutende Weltkapital nicht mehr abzusehen. Die zu schaffende Zentralbank gibt der amerikanischen Kapitalisten- und Spekulantenbande freie Hand über das deutsche arbeitende Volk.

Abg. Dr. Aulenkampff (D. Vot.): Eine Ablehnung der Bankgesetze und ein Weiterarbeiten mit der Rentenbank ist unmöglich. Zunächst hat noch niemand etwas Besseres vorgeschlagen, was man an ihren Platz setzen könnte. Die 800 Millionen landwirtschaftliche Kredite sollen ausfallen, in drei Monaten in drei Jahren zurückgezahlt werden. Das ist doch ein nicht zu übersehender Verlust für die Landwirtschaft.

Abg. Feder (Natio.): Es gibt nur einen Herrn der Welt heute: das große Leidtantal. Der Reichsbankpräsident hat eine ganz unverständliche Bestimmung erhalten: Er ist zum Präsidenten der Reichsbank ernannt worden. (Harke i. d. Mitte.) Ich warne die Minister bei Besprechung einer späteren Vorlage wegen Hochverrats, die deutsche Finanz- und Verfassungsmäßigkeit auch noch preisgeben, nachdem man schon die Gebiets- und Militärhoheit aufgegeben hat.

### Reichswirtschaftsminister Hamm:

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, das harte Verdienst anerkennen, das Reichsbankpräsident Dr. Schacht an der Aufrechterhaltung der Währung hat. Ihm ist es im Verleite mit den Sachverständigen gelungen, auch für die Neu- und Umgestaltung des Reichs- und Bankwesens wertvolle Vorschläge zu erlangen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, irgend eines der Gesetze, die auf Grund des Sachverständigenratens jetzt dem Parlament vorliegen, dem Volke etwa als eine besondere Ergrübelung anzusehen. Sie will aber andererseits dem deutschen Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß sich auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse anbahnen könne. Keine Rede kann davon sein, daß die Deutsche Reichsbank dem Ausland ausgeliefert wird.

Abgeordneter Graf Bernstorff (Dem.): Es ist das Beste, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme der Gutachtengelehe zu kommen, was eine nationale Notwendigkeit ist. Wenn die Deutschnationalen mit dem Außenminister der Meinung sind, daß London der Anfang des Beizeitungskampfes

der Ruhr ist, dann dürfen sie sich auch nicht weigern, den ersten Schritt mit der Annahme der Vorlagen zu tun.

Abgeordneter Pfeiffer (Bau. Vpt.): Bei der Umwandlung der Rentenbank ist nicht genügend Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen worden.

Abgeordneter Holzamer (Wirtsch. Vpt.) verlangt die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf das Handwerk und das Kleingewerbe.

Abgeordneter Kurth (Deutschsozial) sieht in der Goldnotenbank das Instrument der Hochfinanz zur Verflüchtigung des deutschen Volkes. (?)

Bei der zweiten Beratung der Vorlagen über die Industriebelastung empfiehlt Abgeordneter Schaefer (Dr. Vpt.) einen Antrag, wonach im Gegensatz zu dem Reichsfinanzminister auch die Gewerbetreibenden in den Kreis der Belasteten einbezogen werden sollen ebenso diejenigen Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten.

Abgeordneter Dr. Wolf erteilt nachdrücklich dem nationalsozialistischen Abgeordneten Feder einen Ordnungsruf wegen seiner unerhörten Äußerungen über die Regierung und des Reichsbankpräsidenten.

Abg. Rejane-Breslau (Dant.) lehnt die Vorlage ab. Die Substanz der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mit den Lasten aus dem Verfallener Vertrag belegt werden. (?)

Abg. Toni Sender (Soz.):

Das Fawes-Abkommen ist weiter nichts als die Durchführung der Lasten des verlorenen Krieges. Fawes die Besorgung eines feindlichen Diktats enthält der Verteidigung gibt die Rechte die letzten Rechte ihres höchsten Vorkrieges preis. (Heiterkeit) Die öffentlichen Betriebe müssen von der Belastung befreit werden, um ihnen die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht zu erschweren. Das Ueberraischende war die Stellungnahme der Kommunisten im Hinblick auf die Arbeitslosenfrage, wofür die Rechte ihnen ihren Part ausgesprochen hat. Die Arbeiterkassen sind es allerdings nicht verstanden, daß die Kommunisten sich schuldig vor die Inflationsgewinne der Industrie stellen. Sie gehören nunmehr wirtschaftlich auf die rechte Seite dieses Saufes. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Kommunisten schlagen uns nichts Brauchbares vor. (Abg. Höllein: Bündnis mit Rußland!) Alle diejenigen, die jetzt nicht helfen, eine neue Inflationsperiode zu verhindern, tragen zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter bei. Auch die Freilassung der politischen Gefangenen verhindern die durch die Ablehnung. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Regierung erlaube mir, die Erklärung, die der Außenminister im Hinblick auf die Annahme der politischen Gefangenen auch auf das unrichtige Deutschland ausgelegt werden soll, im Hinblick zu wiederholen, damit die Folgen einer Ablehnung im Volke bekannt werden. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Seenen (Komm.): Die Industrie wird die ihr auferlegten Lasten auf die Arbeiterkassen verlagern und die Erhöhung der Arbeitslosenfrage werden die weitere Folge sein. Die Gutachtengelehe dieser Sachverständigen sind für uns ein nationaler Verrat. Und zu allem Überdram gibt Toni Sender und gibt die SPD einseitig ihre Zustimmung. Lieber Revolution!

Abg. Schroder (Nat. Soz.) schließt sich den Ausführungen des kommunistischen Vorredners an. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist inwieweit Antifa einverstanden, wenn auch die Annahme des Reichsbankgesetzes die einfache Mehrheit gewinnen und die Einleitung des Gesetzeswesens entsprechend geändert werden soll.

Abg. Dr. Weder (D. Vpt.): Trübt Herr Kay auf den Knopf, dann kommt der Rest von den Nationalsozialisten und umgibt. Die Herren von der Industrie, die im Reichsverband vereinigt sind, haben sich einmütig für die Annahme der Vorlagen ausgesprochen. Wir nehmen die Vorlagen an, weil wir zurzeit nichts Besseres sehen.

Tamit schließt die Aussprache über die Industrienotlagen. Es folgt dann die Beratung der Vorlagen des Reichsbankgesetzes und des Reichsbankpersonalgesetzes.

Abg. Schumann (Soz.)

erwacht unsere Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterverrats. Die Sozialdemokraten seien nicht verantwortlich für die bis herige Entwicklung der Dinge. Sie seien aber nicht unverantwortlich genug, die Dinge laufen zu lassen und auch die Interessen der Arbeiterkassen durch Ablehnung der Vorlagen zu gefährden. Die Benutzung dieser Möglichkeit zur Verteidigung werde den Sozialdemokraten den Boden schafften, auf dem sie gegen den Kapitalismus kämpfen könnten. Abg. Schumann nicht den Kommunisten vor, sie hätten durch ihre Fortführungsarbeit die Widerstandskraft der deutschen Arbeiterkassen geschwächt. Ohne Vertrauen von Reich und Ruhr sei die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft unmöglich, mit der auch das Schicksal der deutschen Arbeiterkassen verbunden sei.

Am 9 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr vormittags, verlagert.

## Albert Reintings Höhenflug.

Roman von Emil Feiden.

38) (Nachdruck verboten.)

Am Nachmittag bin ich durch die Dorfstraßen gegangen. Ich hoffte, Magdalena oder auch Grete anzusehen. Doch niemand aus dem Bürgermeisterei kam mir zu Gesicht.

Grete hat Frau Krotke erzählt, was geschehen ist. Unter dem Siegel tiefer Verschwiegenheit natürlich! — Arme Magdalena! In höchster Not hat sie ins Vaterhaus geschickt. „Der gute Bekannte“, bei dem sie Stellung gefunden hatte, ein reicher Hofbesitzer, hatte Gefallen an ihr gefunden, obwohl seine älteste Tochter mehrere Jahre älter ist als sie. Immer aufdringlicher ist er geworden, bis er eines Nachts sogar in ihre Kammer eindrang. Magdalena wies ihn scharf zurück, sagte aber, um das Familienleben nicht zu stören, seiner Frau nichts. In der Nacht vor ihrer Abreise ist er wieder in ihre Kammer eingedrungen; sie wehrte sich, schrie, rief und rief, als er trotzdem nicht von ihr abließ, um Hilfe, so daß das ganze Haus zusammenlief. Da hand der alte Herr in größter Schande vor allen seinen Leuten! So-Schandvoll war nun ihres Bleibens nicht länger.

Was wird nun werden? Ich muß sie sprechen. Ihre Gesinnung Peter Schaper gegenüber ist zweifellos die gleiche geblieben. Würde ich nur, wer „der andere“ ist. Im Dorfe weiß es niemand.

12. März.

Ich habe Magdalena gesehen. In der Kirche war es. Ihre großen, blauen Augen hingen an meinem Mund und schienen mir die Worte von den Lippen abzulesen. Ihr Anblick hat mir den Sonntag, trotz des geradezu trostlosen Wetters, zum wahren Sonnentage gemacht.

Sin gegen Abend beim Bürgermeister gewesen. Eine schadhafte Stelle im Kirchendach bot den willkommenen Anlaß. Aber Magdalena traf ich nicht. Sie sei zu Jungmanns gegangen, wurde gesagt. Sobald als möglich schied ich und wartete durch die grundlosen Straßen zu Jungmanns. Einige Augenblicke, ehe ich ankam, war Magdalena fortgegangen.

Ich muß sie sprechen. Ich werde bald herausfinden, ob sie mich liebt. Oder ich frage sie geradewegs, wer „der andere“ ist.

Es regnet fortgesetzt in Strömen. Ich dachte, die Bauern würden derweilen, da sie die Äcker nicht bestellen können. Aber nein, sie schauen gleichgültig zum Himmel empor und meinen: „Es wird schon wieder aufhören.“ Außerzünftig ist sie, diese Gemeinheit. Wenn ich sie nur ebenfalls beäuge. Aber mich hehen Unruhe und Ungeduld, daß ich liebere. Es ist mir wahrhaftig immer noch nicht gelungen, mit Magdalena zusammenzukommen. In diesem kleinen Ort ist es schwerer, einen Menschen zu treffen, als in der Großstadt. Wäre ich ein Bauernbursche, so ließe es sich leichter werkschlagen. Aber auf dem Warrer ruhen aller Augen, jeder weiß, wohin er seine Schritte lenkt; herumsehen und lauern. Reiterpromenaden machen kann er nicht.

Morgen will ich Bettelstule wegen wieder zu Kampmann hin. Seitdem diese Regenperiode eingeleitet hat, kommt sie morgens mit ganz nassen Haaren und Kleidern ins Pfarrhaus, zähackelnd vor der Kälte. Die Scheiben ihrer Speisekammer sind alle zerbrochen, und das unrichtige Licht hat den Regen so hart hindurch, daß die Straße ganz naß ist, die ganze Nacht tropft es auf sie herab, obgleich sie einen Regensturm über ihr Zeit gespannt hat. Ich habe mich von der Wahrheit ihrer Behauptungen überzeugt. Das Wasser bildet große Lachen in den Löchern der zerfallenen Dienen und riecht als Häuflein zur Tür hinaus. Durch die wellförmig verträmmerten Fensterläden, die mit Lumpen und Stroh verstopft sind, bläst der Wind. Der Bürgermeister weiß offenbar nicht, wie es da aussieht. Es muß etwas geschehen.

Nichts erreicht!

17. März.

Als ich zu Kampmann kam, hier es: er ist verzeilt, kommt erst spät abends wieder. Ich sagte Mat und fragte nach Magdalena. „Die beiden Töchter sind mit dem Vater“, lautete die Antwort. — Ist es nicht geradezu komisch, daß ich Magdalena nicht an andere Angelegenheit mit Kampmann zu besprechen: die des Lehrers. Gerade als ich in den Leberzieher fuhr, um zum Bürgermeister zu gehen, trat Schirmer ins Pfarrhaus. Am heißen Tage. Er redete nach Warentzeit erst dies und das, um plöcklich loszubrechen: So dürfte es im Dorfe nicht weitergehen, so nicht! Ob mir nicht bekannt sei, wie es der Lehrer treibe?

Ich hätte bereits vor einiger Zeit mit ihm gesprochen, sagte ich; er habe mir das Versprechen gegeben, sich zu ändern.

Schirmer lachte höhnlich auf, Schwindel; er treibe es schlimmer denn je. Die Burken erzählten die toffen Geschichten über ihn und seine Geliebte. Die Schulkindern seien dem alten Sünner gegenüber von einer geradezu ungläublichen Frechheit, da er sich ihnen nichts zu tun getraue. „Da habe ich mich selbst überzeugen wollen. Es stimmt alles, Herr Warrer, ich habe es selbst gesehen.“ Das müßte ein Ende nehmen; sein Kind besuche auch die Schule.

Warum gehen Sie nicht zum Bürgermeister mit Ihrer Klage? Der ist doch des Lehrers Vorgesehter!“ fragte ich.

„Was soll das helfen? Schon vor vier Wochen bin ich bei ihm gewesen. Er hat mir versprochen, mit dem Lehrer zu sprechen; doch es hat sich nichts geändert. Sie sind der Warrer. Können Sie es mitansehen?“

18. März.

Bin ich betrübt, geküßt, zertrümmert, wie ich es eigentlich sein müßte nach dem Erleben des heutigen Tages? Nein, glücklich bin ich, namenlos glücklich! — Trotz des Zusammenstoßes mit Kampmann, des furchtbaren, den ich bisher in meinem Leben mit einem Menschen gehabt hab. Aber ich habe auch Magdalena getroffen! Und habe Gewißheit. Das heißt, eigentlich habe ich sie nicht. Oder doch! Mein Herz kann nicht irren. Ich fühlte es, daß Magdalena mich liebt.

Ich traf sie allein im Zimmer vor einem Korb mit Wäsche, die sie zeichnete. Als sie mich erblickte, wurde sie blaß; kurz ging ihr Atem. Bei mir war es ebenso. Benommen und schweißgebadet haben wir uns eine Weile gegenüber. Wie wunderbar! Monatslang habe ich diesen Augenblick herbeigesehnt, hab, mir tagelang genau ausgesucht, ja, selber vorgeprochen, was ich sagen wollte, und nun er da war, dieser Augenblick, habe ich wie ein Schulbube vor ihr gestanden, unfähig, meine Gefühle auszudrücken. Ich sing — ach, wie dumm! — von gleichgültigen Dingen an. „Sie arbeiten wohl an Ihrer Aussteuer?“ Meine Kehle war trocken, und ich ärgerte mich über die nichtsagenden Worte. Sie öffnete den Mund, brachte jedoch keinen Ton hervor; befähigend nickte sie mit dem Kopfe.

„Wissen Sie noch, was Sie mir an jenem Morgen gesagt haben, dem unvergeßlichen Morgen, da wir zusammen den Sonnenanfang erlebten? Sie würden Peter Schaper nicht heiraten, lieber ginge Sie aus dem Hause. War dies Ihr Ernst oder...“

(Fortsetzung folgt.)



Aus dem Reiche.

Sitzung des Reichsausschusses. Der Reichsausschuss der Sozialdemokratischen Partei tritt am Freitagmorgen 2 Uhr im Fraktionszimmer im Reichstage zur Beratung der politischen Lage zusammen.

Sozialdemokratische Anfragen zur Sozialversicherung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der Regierung folgende Anfragen unterbreitet:

- 1. Neuerdings zeigt sich bei den Unmengen eine starke Besserung, Anwartschaften gegen den Willen der Reichsregierung in einem Maße zu erziehen, daß der Bestand der zehnjährigen Allgemeinen Ortsrenten fast gefährdet ist. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?
2. Durch Schreiben vom 31. Oktober 1923 an die Sozialen Ministerien der Länder hat der Herr Reichsarbeitsminister empfohlen, die Nachweilungen zur Gemeinlast in der Krankenversicherung vorläufig nicht mehr einzufordern. Diese Maßnahme war während der Inflationszeit berechtigt, hätte aber nach der Festigung der Währung zurückgezogen werden müssen, da nunmehr sich die Gemeinlast auf den tatsächlichen Umfang auswirken konnte. Trotz wiederholter Eingaben von Seiten der Krankenkassen hat der Herr Reichsarbeitsminister es abgelehnt, seinen Erlaß zurückzuziehen. Worauf gründet der Herr Minister seinen unter den jetzigen Umständen unhaltbaren Standpunkt, und was gedenkt er zu tun, um unverzüglich den gesetzlichen Vorschriften über die Gemeinlast zum Rechte zu verhelfen?

Für die Invaliden. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit sofortiger Wirkung die Renten aus der Invalidenversicherung um 100 vom 100 zu erhöhen.“

Sozialdemokratischer Vorstoß für die Sozial- und Kleinrentner. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

Bei den Beratungen im 9. Ausschusse des Reichstages über die Anträge zu Fürsorgepflichtverordnung erbat der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß das Arbeitsministerium innerhalb 6 Wochen Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung erlassen wolle, in denen die Forderungen des 9. Ausschusses des Reichstages (Reichstagsdruckjahr Nr. 345) berücksichtigt werden sollen.

Die beschwädigte Frist ist verstrichen. Die Ausführungsbestimmungen sind bis jetzt nicht erlassen. Im Reichsarbeitsministerium liegt allerdings ein Entwurf der Ausführungsbestimmungen vor. In diesem Entwurf ist aber auf die Befehle des 9. Ausschusses in allen wesentlichen Punkten keine Rücksicht genommen trotz des Versprechens des Arbeitsministers. Nicht eingehalten ist das Versprechen, die Ausführungsbestimmungen auf den § 3 der Fürsorgepflichtverordnung auszudehnen und Bestimmungen über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht zu erlassen. Nicht eingehalten ist das Versprechen, Ausführungsbestimmungen zum § 6 der Fürsorgepflichtverordnung zu erlassen, nach welchen die Länder verpflichtet werden sollen, die Kosten für die Unterhaltung festzusetzen und die Höhe der Wochenfürsorge nicht geringer zu bemessen, als die Höhe der Familienwochenhilfe. Nicht eingehalten ist das Versprechen, in den Ausführungsbestimmungen Vorschriften aufzunehmen, nach denen Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden verpflichtet werden sollen, von den ihnen überwiesenen Anteilen aus Reichseinnahmen mindestens einen vom Reichsarbeitsminister nach bestimmten Grundätzen festzusetzenden Satz zur Durchführung der Pflichten der sozialen Fürsorge zu verwenden.

In dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen ist aber für die Sozial- und Kleinrentner eine weitere Verschlechterung enthalten. Die Leistungen an sie sind noch mehr als bisher auf die Almosen für die Armen herabgedrückt.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die entsetzliche Not der Fürsorgebedürftigen zu beseitigen? Ist die Reichsregierung gewillt, die Versprechungen des Reichsarbeitsministers, die er dem 9. Ausschusse des Reichstages gegeben hat und den einstimmigen Beschluß des 9. Ausschusses in den Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung zu verwirklichen? Ist die Reichsregierung bereit, die Ausführungsbestimmungen sofort zu erlassen?

Wo müssen Pässe für Auslandsreisen visiert werden? Die Preussische Gesandtschaft in München erlucht den Amtlichen Pressebericht, auf Grund der dort gemachten monatelangen Wahrnehmungen alle Interessenten auf die große Unkenntnis hinzuweisen, die allerorts darüber herrscht, wo die Pässe, die als Ausweis für Reisen ins Ausland dienen sollen, visiert werden müssen. In der dortigen Dienststelle treten diese Unkenntnis ganz besonders in Erscheinung, wenn es sich um Reisen nach Italien handelt. Es ist deshalb dringend nötig, daß jeder, der eine Reise ins Ausland beabsichtigt, sich merkt, daß die Pässe arundländlich bei demjenigen Konsulat des Ziellandes visiert werden müssen, in dessen Amtsbezirk der Reisende seinen Wohnort oder dauernden Aufenthalt hat. Jeder Reisende, gleichviel aus welchen Gründen er das Ausland aufsuchen will, läuft Gefahr, bei den nichtzuständigen Konsulaten mit seinem Ansuchen abgewiesen zu werden.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Internationale Beteiligungsfrage. Der Internationale Weltkongress hat den Beschluß gefaßt, das internationale Beteiligungsrecht um 50 Prozent herabzusetzen und zwar noch zum 10. Oktober dieses Jahres.

Wird Gailfanz frei? Die zukünftige Kommission des französischen Senats, die in der vergangenen Woche die Beratung des Amnestiegesetzes begann, hat am Dienstag mit einer Stimme Mehrheit den scharf umrissenen Artikel angenommen, der die Amnestie auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Gailfanz ausdehnt. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß das Amnestiegesetz doch noch vor Schluß der Session im Senat zur Verabschiedung gelangt.

Mussolini lehnt die deutschen Schulen. Im Ministerrat wurde beschlossen, die bisherige Normalform in Bozen einzuhalten, weil sie überflüssig sei und weil die deutschsprachigen Elementarschulen allmählich alle verschwinden sollen. An Stelle der deutschen Normalform soll ein italienisches Unter- und Obergymnasium in Bozen errichtet werden.

Neapel für den Faschismus verloren. Erminister Agricola, einer der Oppositionsführer Süditaliens, hat der „Giustizia“ über die Stimmung in Neapel erklärt: Die Stadt ist des faschistischen Regimes müde. Wenn die Miliz am Sonntag die Bevölkerung einschüchtern wollte, hat sie sich schwer verreckt. Keine Ausschreitungen haben das Volk empört, das sich gegen den Gedanken auflehnt, wie ein Neapel behandelt zu werden. Jetzt ist Neapel für den Faschismus endgültig verloren. Neue Gewalttaten würden kein geistiges Volk mehr finden. Mussolini hat einmal erklärt, in Neapel habe der Kampf für die Freiheit Italiens begonnen. Ich habe den Eindruck, daß in Neapel schon geistig der Kampf für die Befreiung Italiens vom Faschismus begonnen hat, den Italien letzten Endes als Unabhängigkeitskrieg betrachtet.

Eine Konferenz der Kleinen Entente. Am 27. und 28. August wird in Laibach eine Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente stattfinden. Im Vordergrund der Beratungen werden folgende Punkte stehen: 1. Wie soll sich die Kleine Entente während der Völkerbundtagung verhalten, wenn die Kontrolle der Rüstungen der unterlegenen Staaten, namentlich Bulgariens, Ungarns und Österreichs, mit der der Völkerbund betraut werden soll, verhandelt werden wird? Die Kleine Entente wird dabei die Forderung vertreten, daß sie in den mit der Kontrolle betrauten Kommissionen vertreten ist. 2. Das Verhältnis der Kleinen Entente zu Rußland. Man ist der Ansicht, daß die Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sich für die Anerkennung der Sowjet-Regierung einsetzen werden. 3. Die Folgen des Londoner Abkommens. In dieser Frage will die Kleine Entente erreichen, daß ihre Interessen an den Reparationsleistungen und den Kriegsschulden berücksichtigt werden.

Mörder Schulz bleibt in Haft. Wie die Budapesti Blätter melden, hat die deutsche Regierung an die ungarische Behörde am Montag das Ansuchen um Einleitung des Auslieferungungsverfahrens gegen Mörder Schulz gerichtet. Im Sinne dieses Ansuchens befragt der Anklagenrat, daß der Beschuldigte auf Grund des Auslieferungsgesetzes der deutschen Regierung in Haft genommen bzw. behalten werde. Viele Haft ist auf sechs Wochen beschränkt, und in dieser Zeit muß über das Auslieferungsgesetz berichtet, das durch das Justizministerium auf diplomatischem Wege zu erledigen sein wird, entschieden werden. In erster Reihe wird die Frage entschieden werden, ob es sich um einen gewöhnlichen oder einen politischen Mord handelt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Herrnprotest. Diskussion über die Eingemeindung in Breslau. Das Breslauer Eingemeindungsprojekt beschäftigt auf lebhafteste die Bewohner der davon betroffenen Dörfer. Ein lebhafter Meinungsaustrausch für und wider die Eingemeindung ist entbrannt. Von den Gegnern der Eingemeindung wird hauptsächlich das höhere zukünftige Steuerlohn als Treiben angeführt. Die Steuerfrage kann aber auch in anderem Licht erscheinen. Während die Stadt Breslau für die Arbeiter, welche durch ihre Einrichtungen in den Industriebetrieben der Vororte beschäftigt sind, voll zu sorgen hat, sind die Industriewerke selbst als Träger indirekter Steuern der Stadt entzogen. Die Befürchtung, daß der Einzelne zu hohe Steuern zahlen müßte, dürfte wohl hinfällig sein, wenn man die Bevölkerungsvermehrung der Vororte mit der Einwohnerzahl der Stadt Breslau vergleicht. Das Hauptobjekt dürfte wohl ohne Zweifel die Stadt Breslau sein, denn wie sieht es zum Beispiel mit den sanitären Einrichtungen aus, welche die kleinen Orte aufzuweisen haben? Diese oder jene Gemeinde dürfte ja manches geschafft haben, aber im ganzen sind die vorhandenen Einrichtungen sehr geringfügig und rückständig. Was dagegen die Stadt schaffen kann, haben wir hier in Herrnprotest. In die Fürsorge auf den Dörfern bei Krankheit mehr wie unzureichend, wie viel mehr erst bei Alter und Erwerbsunfähigkeit. Daß Einrichtungen, wie zum Beispiel die Breslauer Feuerwehr, nicht umsonst geschaffen werden können, verliert sich von selbst.

Alles in allem kann sich kein Mensch den großen Vorteilen verhehlen. Darum muß es auch unter unseren Genossen in den Gemeindeführern heißen: Für die Eingemeindung, für eine großzügige Sicherungs-, Sozial- und Bevölkerungspolitik im Interesse des Allgemeinwohls und der Zukunft.

Katzen. Die vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am 23. August abgehaltene Gründungsversammlung hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen. Besondere Freude erregte es, daß Kameraden aus Gloggnitz, Brodau, und Tschantsch herbeigekommen waren. Das Komitee des Reichsbanners, Rechtsanwalt Keiler-Breslau wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die anwesenden Gegner bewiesen trotz zugelagerter freier Ausdrucks ihre Mut durch Schweigen. Die Gründung einer neuen Ortsgruppe für Katzen und Umgegend war das erfreuliche Resultat der Versammlung.

Aus Schlesien.

Politische Neutralität der bürgerlichen Turnvereine.

Von politischer Neutralität der bürgerlichen Turn- und Sportvereine reden und schreiben immer wieder die bürgerlichen Turn- und Sportführer — und Tausende organisierte Arbeiter glauben es und bleiben weiterhin Mitglieder in diesen Vereinen. Einige Kostproben dieser Neutralität seien deshalb niedergegeben.

In Niesitz. Am 1. April eine Bismarckfeier statt. Von dem Militärverein, dem Deutschen Offiziersbund und dem bürgerlichen Turnverein Niesitz gemeinsam arrangiert.

Der Alte Turnverein Breslau hat in der Nachkriegszeit kein altes Turnwappen, die vier F, künstlerisch umgestaltet lassen, so daß alle Anwesenden dieses Kunstwerk der vier F als Falkenkreuz ansehen. Das Heil der Brüderlichkeit der Deutschen Turnerschaft mit den Falkenkreuzern ist damit wenigstens auch nach außen hin dokumentiert.

In Langenbielau fand am 28. März dieses Jahres eine gemeinsame Sitzung der bürgerlichen Turnvereinsleitung und des Stahlhelmsverbandes statt zwecks Regelung der Uebungsstunden.

In Neutirch bei Breslau feierten Stahlhelmsgruppen von einer Nachmittagsstunde durch den Ort, das Ehrhardt-Lied singend, anrück. Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins, von der Uebungsstunde kommend, brachten darauf ein Hoch auf die Brigade Ehrhardt aus.

In Hirschberg in Schlesien beteiligten sich an der Rahmenwoche des Stahlhelms auch die bürgerlichen Turnvereine. In dem schwarz-weiß-rot ausgeschmückten Saale leitete den nicht-offiziellen Teil des Kommerces der Vorsitzende des bürgerlichen Turnvereins „Vorwärts“, Hirschberg. Der Saal- und Kassenobmann wird in beiden Organisationen gleichmäßig gepflegt.

Es geht doch nichts über diese Art politische „Neutralität“. Wie lange noch werden denkende Arbeiter diesen Bruderorganisationen der Volkischen als Mitglieder angehören?

Strehlen. Zwei Bahnarbeiter erschossen. Am Montagabend, bald nach elf Uhr, erschien am Bahnhof Wagnern ein junger Mann, Reinhold Bauer aus Ober-Rosen, und bat den Stationsvorsteher, ihn zu verbinden, da er auf dem Wege vom Gasthaus Nole zur Bahn das Opfer eines Mordversuches geworden sei und einen Streifschuss am Arm erhalten habe. Sein Fahrrad sei ihm dabei abgenommen. Da die Einfahrt eines Zuges unmittelbar bevorstand, hatte der Stationsvorsteher keine Zeit zu der Hilfeleistung, und so fuhr Bauer mit dem nun einlaufenden Zuge nach Strehlen, um in die Nähe seines Heimatortes zu gelangen. Im Stationsgebäude hatte er einen Revolver zurückgelassen. Als danach der Stationsvorsteher einen Arbeiter in das Dorf schickte, fand dieser unterwegs ein Fährzeug und dann in der Nähe des Gasthauses Nole einen Toten und einen Schwerverletzten. Der Tote, dessen Körper einen Herzschuß zeigte, war der Bahnarbeiter Karl Trauf aus Wagnern; der andere, der Bahnarbeiter Gustav Regehaup aus Wagnern, war beunruhigt und verstarb um 1 1/2 Uhr nachts. Auf dringliche Benachrichtigung der Station Strehlen wurde Bauer, als er dort den Zug verließ, verhaftet. Die näheren Umstände des Vorfalles sind noch nicht aufgeklärt.

Silberberg. Ein Anschlag auf einen Zug der Eufenbergbahn war hier geplant. Man fand auf der Strecke zwischen Silberberg und Neudorf eine starke Bohle über das Hindernis an sehr gefährlicher Stelle hätte entfallen müssen. Zum Glück wurde der Anschlag rechtzeitig bemerkt. Die Nachforschungen nach dem Missetäter blieben bisher leider vergeblich.

Raufung. Eine Heldentat ist es wirklich nicht, wenn ein Leutnant a. D. zwei ährenleisende zehnjährige Jungen verprügelt. Dies aber hat ein Sohn des Dominiksbefehlers auf Niemi fertig gebracht. Haben die armen Kinder keine Erlaubnis gehabt, konnte man sie vom Ader weisen, denn es ist wirklich keine Kunst, ein paar ausgemerkte Kinder zu schlagen. Ansehend sollten lieber die Lehen verfaulen, als daß sie sich ein paar arme Menschen auflieben dürfen.

Gleiwitz. Bestätigung der Wahl des ersten Bürgermeisters. Die Wahl des Bürgermeisters Dr. Geisler zum Ersten Bürgermeister von Gleiwitz ist bestätigt worden.

Kattowitz. Hungerstreik im Kattowitzer Gefängnis. Seit einigen Tagen befinden sich die politischen Gefangenen im Amtsgerichtsgefängnis in Kattowitz im Hungerstreik. Ueber die Gründe für das Verhalten der Gefangenen konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden, da die Gefängnisverwaltung jede Auskunft verweigert und streng darüber wacht, daß die Gefangenen ihren sie besuchenden Angehörigen keinerlei Aufklärung geben.

Aus aller Welt.

„Einer ist Herr im Reiche —“

An dieses, seinem Zäsurwahn entsprungene Wort Wilhelms des Verten muß man unwillkürlich denken, wenn man in dem Tagebuch der Fürstin Evelyn Blücher, das jetzt im Verlag für Kulturpolitik (München) erschienen ist, Einzelheiten findet aus der Kriegszeit, in der der „Merkwürdige Herr“ sich nur als ein Spielball in den Händen der Kriegstreiber und „Durchhalter“ erweist. „Wir sagten ein Freund“, schreibt die Fürstin Blücher einmal, „der Kaiser werde tatsächlich von Männern wie Falkenhayn bewacht. Falkenhayn gestattete es niemals, daß er jemanden allein empfangt. Fürst Münter versuchte es, den Kaiser ohne Zeugen zu besuchen, jedoch ergebnislos.“ Es deckt sich diese Angabe auch im übrigen mit jenen von Ballin, dessen letzte Würdigung zu Wilhelmshöhe auch durch Herrn von Berg überwacht wurde. Und als der Gatte der Fürstin, Fürst Gerhard Blücher, im April 1917 in Briataudenz in Schloß Belleue empfangen wurde, erzählte er nach seiner Audienz seiner Gemahlin, der Kaiser sei ihm hilflos und verlassen erschienen. Aus den Tagen des Niederbruchs der deutschen Macht finden wir die Bemerkung: „Der Kaiser soll vollkommen im unklaren über die eigentliche Stärke der amerikanischen Arme gewesen sein, weil Ludendorff alle Berichte unterdrückte und sich ganz auf seine Offenheit verließ.“

Ein neuer Tauchapparat.

Versuche mit einem neuen Tauchapparat werden kurze im Walchensee unter Leitung des Konteradmirals v. D. Behde angestellt. Der Apparat, eine Erfindung des Württembergers Galt, ist eine Art gepanzerter Tauchanzug. Mit ihm sollen Tiefen bis zu 110 Meter erreicht werden. In 85 Meter Tiefe soll man bis zu fünf Stunden mit dem neuen Apparat gearbeitet haben. Es wurde festgestellt, daß das Sonnenlicht bei ruhigem Wetter bis in eine Tiefe von 100 Meter reicht.

Flugzeug Berlin—Hof abgeflügt.

Das Flugzeug „D 149“ der Hesa-Flieger-G. ist infolge Gewitterböen auf der Fahrt von Berlin nach Hof in der Nähe von Wittenberg abgestürzt. Der Führer des Flugzeuges wurde schwer verletzt. Der Passagier ist nur leicht verletzt.

Theodor Zell gestorben.

Dr. Leopold Baule, der unter dem Namen Theodor Zell schrieb, ist in Berlin im 63. Lebensjahre gestorben. Zell hat eine große Reihe volkstümlicher Schriften verfaßt, in denen er immer wieder das Tier im neuen Lichte zeigt. Er war von Haus aus ein Beobachter und Schreiber. Für seine Beobachtungen wählte er Belege und Bestätigungen aus der Literatur zu erbringen. Sicherlich hat er wie alle Eingänger manches richtig Beobachtete übersehen und übertrieben, aber immer ist er anregend und erzieht er zum eigenen Nachdenken und Nachdenken.

Professor Otto Mayer gestorben.

Die deutsche Rechtswissenschaft hat den Tod des ehemaligen Ordinarius für öffentliches Recht der Universität Straßburg und später Leipzig, Geheimrat Dr. Otto Mayer zu beklagen, der in Hilpertau im badischen Schwarzwald im 79. Lebensjahre gestorben ist. Mayer galt als der bedeutendste deutsche Verwaltungsrechtler. Er war als Schlichter vom Vergleich des französischen Verwaltungsrechts mit dem deutschen angeregt.

Eine Windhose in Amerika.

Durch eine Windhose ist die Saint Patrik-Kirche in Indiana (Pennsylvanien), in die sich beim Herannahen des Sturmes etwa 100 Einwohner geflüchtet hatten, zerstört worden. Zehn Personen wurden getötet, 22 verletzt.

Die Entdeckung eines Amazonasstaates in China.

Ein Staat vor Amazonas, die über die Männer ihres Stammes unumwunden herrschen, ist in China von dem Leiter der Expedition, die die amerikanische Geographische Gesellschaft ausgesandt hat, Frederick A. Buxton, entdeckt worden. Wie New Yorker Blätter melden, sind die Bewohner dieses Staates mongolischer Abstammung, heißen Lo-Runs und haben sich seit uralten Zeiten in dem wenig bekannten Teil West-Chinas angesiedelt, in dem die Quellwasser des Gelben Flusses liegen. Man nimmt an, daß die Lo-Runs und die ihnen benachbarten Stämme seit Jahrhunderten im Herzen Sibiriens wohnen und ein merkwürdiges Rassen Gemisch darstellen. Aus ihren Rassenmerkmalen schließt man darauf, daß das Quellgebiet des Gelben Flusses einer der wichtigsten Mittelpunkte der frühen asiatischen Völkerwanderungen war. Die Frauen sind in diesem Staat die eigentlichen Herrscher, und zwar halten sie die Männer nicht etwa durch Jugend und

besondere Schönheit in ihrer Macht, sondern auf Grund eines uralten Mutterrechts, das den alten Frauen die höchste Würde verleiht. Da der anbaufähige Boden spärlich ist, so können nur wenige Familien ihren Unterhalt finden. Die Frauen haben daher das Recht, mehr als einen Mann zu ehelichen, und sie lassen Heiraten auf Zeit ab, die sechs Monate, sechs Wochen oder auch sechs Tage währen. Die Nachkommenchaft aus diesen Ehen steht in dem Mann ihren Vater, den ihr die Mutter als solchen vorstellt. Die anderen Männer der Frau gelten als „Onkel“ der Kinder. Familienmänner sind unbekannt, und von den Kindern wird als von dem Sohn oder der Tochter der oder jener Frau gesprochen. Kaufen und Verkaufen ist nur den Frauen gestattet oder darf jedenfalls nur mit ihrer Einwilligung erfolgen. Sie führen den ganzen Haushalt. In einigen Teilen des Landes gibt die „Sutwah“ die auch bei manchen anderen Völkern vorkommt. Ein Mann darf den Hut einer Frau, die er auf dem Tempelgebiet antizipiert, fortnehmen, und sie wird dann ohne weitere Zeremonie seine zeitweilige Frau. Männer und Frauen rauchen ein Kraut, das dem Tabak ähnlich ist. Als Geb werden zusammengepreßte Teemengen in Ziegelform verwendet, und mit ihnen läßt sich jedes Verbrechen wieder gutmachen. So kostet zum Beispiel die Ermordung eines Briefers 200 Teeziegel, während für das Leben eines Fremden nur 2 bis 3 Teeziegel bezahlt werden.

Wolkenkratzer aus Eisenbeton.

In Dallas (Texas) wurde ein Turmhaus in Eisenbeton von 78 Meter Höhe bei 19 Geschossen erbaut, das ausschließlich Räume für die Ausübung des ärztlichen und zahnärztlichen Berufes und für den Verkauf von Medikamenten enthält (Medical Arts Building). Die drei untersten Geschosse nehmen die ganze Grundfläche des unregelmäßig geformten Bauplatzes ein. Auf sie bauen sich in kreuzförmigem Grundriß die weiteren 16 Stockwerke auf, womit eine sehr günstige Luft- und Lichtverteilung verbunden ist. Die Abmessungen sind nach der Zeichnung für alle Räume der Hauptachsen 34,0 Meter, Flügelbreite 11,8 Meter. Der Kern des Gebäudes dient dem Verkehr, in den vier Flügeln befinden sich die Arbeitsräume. Das ganze Gebäude wird von einer Treppenanlage, vier Aufzugsgehäusen und einem Aufzugsgehäuse durchzogen. Die Last des Bauwerks wird durch ein ganzes System von Stützwerken laufend übertragen, auf dem Grund übertragen, der aus einem Netz von



# Abrechnung mit den Reinfägern.

## Keils Warnung vor neuer Inflation. — Toni Sender und Schumann gegen die kommunistische Verantwortungslosigkeit.

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung steht die zweite Beratung der Gutachten-Gesetze. Als erster Diskussionsredner erhält das Wort

Abg. Keil (Soz.):

Die Wahrung der Festhaltung der deutschen Währung ist in der Kriegsführungspolitik. Keine Stimme von rechts ist damals laut geworden, als wir die fallende Währung während des Krieges angedenken und forderten, daß Deutschland die Kriegskosten aus Steuern decken solle. Man verließ sich damals darauf, daß man am Ende des Krieges den Gegnern die Rechnung präsentieren würde. Nach Beendigung des Krieges wurde das Spiel in anderer Form fortgesetzt. Die Nationalversammlung hat ein umfassendes neues Steuerwerk, um die Währung zu retten und den Staat zu balancieren. Kaum aber war dieses Steuerwerk beschlossen, da reichte im neu gewählten Reichstag von 1920 der Sturm gegen diese Gesetze ein. Helfferich begann eine parlamentarische Tätigkeit mit einer Rede, in der er behauptete, das Steuerwerk vermaleme den deutschen Grobkreis. Ich weiß nicht, ob es jemand gibt, der glaubt, daß der deutsche Grobkreis vermalemt worden ist. Stück für Stück wurde das Steuerwerk der Nationalversammlung abgebaut. Für den großen Volk war noch die angenehme Nebenwirkung vorhanden, daß die Summen, die dem Mittelstand geraubt wurden, in seinen Händen vereinigte. Die Vertreter der Kreise, die aus der Inflation Gewinne gezogen haben, sollten sich hüten, die Sanierung der Währung zu erschweren, weil sie sich sonst dem Verdacht aussetzen, daß sie die Inflation erneuern wollen.

Wenn die Kommunisten sagen, am Abend der Arbeiterkassette habe sich mit der Stabilisierung nichts geändert, so ist daran so viel wahr, daß die Löhne und Gehälter immer noch in festem Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen. Trotzdem behaupte ich, es gibt keinen denkenden Arbeiter in Deutschland, der sich zurücklehnt nach der Zeit der Inflation. Dem Standpunkt der organisatorischen Machtstellung der deutschen Arbeiterbewegung ist die Inflation dreifach zu verurteilen. Der Verlust der Arbeiterkassette den schlechtesten Dienst, der die Arbeiter mit geschwundenen Lebensarten der Gefahr aussetzt, aus dem neuen in einen Zustand der organisatorischen Ohnmacht zu geraten.

Nichts liegt uns ferner, als Begeisterung für das Gutachten, wenn wir die Konsequenzen ziehen wollen aus der Situation, in die uns die Politik der Reichsregierung gebracht hat. Die kommunistische Rednerin hat uns einen die Koalition mit Rußland angeboten. Wir Sozialdemokraten begrüßen jede vernünftige Wirtschaftsvereinbarung mit Rußland; das uns aber die Koalition mit Rußland als Bedingung der Währungsung bringen würde, erscheint uns ebenso unzulässig, wie, daß sich die anderen Mächte durch eine solche Koalition bewegen lassen würden, auf die Reparationsansprüche gegen Deutschland zu verzichten. Tun sie das aber nicht, dann würde das Ende vom Liede ein deutsch-russischer Koalitionskrieg gegen die Entente-Mächte sein, gefährlich auf dem deutschen Boden. Ob die Kommunisten einen solchen Krieg wünschen, weiß ich nicht, aber das weiß ich gewiß, daß die deutsche Arbeiterkassette sich dafür bedankt, indem deshalb, weil am Ende dieses Krieges nichts anderes stünde, als die völlige Vernichtung des Deutschen Reiches, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung, als Tod und Verderben der deutschen Arbeiterkassette. (Beifall Zustimmung der Soz.) Aus diesen Gründen treten wir auf den Boden dieser Gesetzesvorlage. Wäre Deutschland vollkommen frei, könnten wir nach Belieben diese mit der Entente vereinbarten Vorlagen ändern, so hätten wir manche Wünsche auf Veränderung vorgebracht. In der Zwangslage, in der wir nun leider sind, müssen wir uns abfinden mit den Grundrissen der Gesetzesvorlage. Zu begrüßen ist dabei, daß das Bankgesetz die starke Deduktion von 40 Prozent der Noten vorzögelt, wovon drei Viertel in Gold vorhanden sein muß, ein Viertel in Devisen vorhanden sein kann. Wir begrüßen auch, daß ausschließlich die Reichsbank zur Ausgabe von Banknoten in Deutschland ermächtigt sein wird.

Bei dem Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs der Rentenbankscheine könnte man sich fragen, ob nicht die landwirtschaftliche Fundierungsbefreiung für eine landwirtschaftliche Kreditbank nutzbar gemacht oder dieses Kreditbedürfnis in anderer Weise befriedigt und ein Teil der Fundierungsbefreiung für die Rentenbank zur Vermeidung verwandt werden könnten. Bei der gewaltigen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und andere Verbrauchsteuern müssen wir entschließen darauf bestehen, daß mit der einseitigen Schonung anderer Berufsklassen und Klassen aufgehört wird. Auf diese Frage wird zurückzukommen sein, wenn demnächst der Kampf um die Währungsvereinfachung beginnt. Dann werden wir auch der Lasten gebührend gedenken, daß die Sachverständigen in ihren Gutachten mehrfach mit großer Schärfe auf das himmelschreiende Steuerunrecht hingewiesen haben, das darin liegt, daß in dem verarmten

Deutschland der Grundbesitz, der in der Not der Zeit sich noch zu vermehren und vergrößern vermocht hat, in einer Weise steuerlich gekostet worden ist, die in trassendem Mißverhältnis zur Belastung der großen Massen steht. (Beifall Zustimmung links.)

Das Münzgesetz sieht die Ausprägung von Goldmünzen von 10 und 20 Mark, von Silbermünzen zu 1 bis 10 Mark vor. Eine gesunde Finanzpolitik wird Sparmaßnahmen mit der Ausprägung von Goldmünzen verbinden. Die Gestaltung der künftigen Münzen soll vom Reichsfinanzminister bestimmt werden. Wir bitten sich dabei zu erinnern der Verfassungsbestimmung, daß das Deutsche Reich eine Republik ist. (Beifall Zustimmung links.) Abg. Keil hat gesagt, sein Volk der Welt habe niemals freiwillig ein solches Dokument unterschrieben. Diese Freiwilligkeit ist nur zu verstehen, wenn man sich die Zwangslage vergegenwärtigt, in der das deutsche Volk sich dank der Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung befindet. Mit derselben Freiwilligkeit stimmen wir den Gesetzentwürfen zu. Wir tun es, weil niemand eine andere Möglichkeit geriet hat, die uns eine neue höhere Goldwährung bringt, welche unserer Wirtschaft die kommunale Teilnahme an dem System der Weltwirtschaft gestattet. Wenn die Kommunisten uns raten, wir sollten durch Vereinfachung der Währungsvereinfachung die Aufhebung des Reichstages, die wir von Herzen wünschen, erzwingen, so können wir zu unserem Bedauern von diesem Ratsschlag keinen Gebrauch machen. Wir müssen es den Kommunisten überlassen, ein Gesetz zum Scheitern zu bringen, für dessen Annahme man hinterher vor den Wählern den Kampf aufnehmen entschlossen ist. Eine derartige Politik mag vielleicht die kommunistischen Wähler verführen, der einfache Mensch aber wird es nicht. (Beifall auf der Sozialdemokraten.) Wer seine Hoffnung auf neue Katastrophen setzt, wer glaubt, daß Glück und Wehjahr des deutschen Volkes davon abhängen, daß das deutsche Volk noch einmal durch ein Meer von Blut geht, der mag gegen diese Gesetze stimmen! Wir stimmen den Gesetzen zu, weil wir überzeugt sind, daß wir dem arbeitenden deutschen Volk nur dienen können durch eine mit dem harten Tagelohn rechnende Politik der harten Vernunft. (Beifall Zustimmung der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kammer (Ztr.): Langfristige Kredite bekommen wir nur, wenn das Vertrauen in geordneten innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland zurückkehrt. Die Wirtschaft ist sich der Anwesenheit der Reichsbank durch das Industriegebiet bewusst.

Abg. Kay (Komm.): Ob der Reichstag das Gutachten annimmt oder nicht, der deutschen Wirtschaft ist ein Ausweg aus der Umklammerung durch das ausbeutende Weltkapital nicht mehr gegeben. Die zu schließende Zentralbank über der amerikanischen Kapitalisten- und Spekulantenhande frei Hand über das deutsche arbeitende Volk.

Abg. Dr. Lautenbach (D. Vp.): Eine Ablehnung der Bankgesetze und ein Weiterarbeiten mit der Rentenbank ist unmöglich. Zunächst hat noch niemand etwas Besseres vorgeeschlagen, was man an ihrem Platz setzen könnte. Die 800 Millionen landwirtschaftliche Kredite sollen zunächst in drei Monaten in drei Jahren zurückgezahlt werden. Das ist doch ein nicht zu übersehender Vorteil für die Landwirtschaft.

Abg. Feder (Komm.): Es gibt nur einen Herrn der Welt heute: das große Weltkapital. Der Reichsbankpräsident hat eine ganz unverständliche Politik zu erhalten. Er ist zum Präsidenten der Goldnotenbank ausgerufen worden. (Lachen u. d. Mitte.) Ich warne die Minister bei Verabschiedung einer Väteren Anleihe wegen Hochverrats, die deutsche Finanz- und Verkehrspolitik auch noch preisgeben, nachdem man schon die Gebiets- und Militärhoheit aufgegeben hat.

### Reichswirtschaftsminister Hamm:

Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, das harte Verdienst anerkennen, das Reichsbankpräsident Dr. Schacht an der Währungsvereinfachung der Währung hat. Ihm ist es im Verleite mit den Sachverständigen gelungen, auch für die Neu- und Umgestaltung des Reichs und Bankwesens wertvolle Vorschläge zu erlangen. Die Reichsregierung dankt nicht nur, irgend eines der Gesetze, die auf Grund des Sachverständigenratens jetzt dem Parlament vorliegen, dem Volke etwa als eine besondere Grungewandtheit anzuempfehlen. Es will aber andererseits dem deutschen Volke nicht die Hoffnung nehmen, daß sich auf dem Wege einer Vereinfachung der Währungsvereinfachung keine Rede kann davon sein, daß die deutsche Reichsbank dem Ausland ausgeliefert wird.

Abgeordneter Graf Bernstorff (Dem.): Es ist das Beste, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglich ist, schnell zur Annahme der Gutachten gesehe zu kommen, was eine nationale Notwendigkeit ist. Wenn die Deutschnationalen mit dem Außenminister der Meinung sind, daß London der Anfang des Befreiungskampfes

der Ruhr ist, dann dürfen sie sich auch nicht weigern, den ersten Schritt mit der Annahme der Vorlagen zu tun.

Abgeordneter Pfeiffer (Bav. Vp.): Bei der Umwandlung der Rentenbank ist nicht genügend Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen worden.

Abgeordneter Holamer (Wirtsch.-Vp.) verlangt die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf das Handwerk und das Kleingewerbe.

Abgeordneter Kurrh (Deutschsozial) sieht in der Geldnotenbank das Instrument der Hochfinanz zur Verfläusung des deutschen Volkes. (?)

Bei der zweiten Beratung der Vorlagen über die Industriebelastung empfiehlt Abgeordneter Schneider (D. Vp.) einen Antrag, wonach im Gegensatz zu dem Reichsratsbeschluss auch die werbenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in den Kreis der Belastungen einbezogen werden sollen ebenso diejenigen Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten.

Abgeordneter Kurrh (Deutschsozial) sieht in der Geldnotenbank das Instrument der Hochfinanz zur Verfläusung des deutschen Volkes. (?)

Abg. Pöhlmann-Breslau (Nat.) lehnt die Vorlage ab. Die Substanz der deutschen Wirtschaft dürfe nicht mit den Lasten aus dem Versailles Vertrag belegt werden. (?)

Abg. Toni Sender (Soz.):

Das Dawes-Abkommen ist weiter nichts als die Durchführung der Lasten des verlorenen Krieges. Durch die Besetzung eines teils des Reiches durch die Verbündeten gibt die letzten Reste ihres kaiserlichen Germanenkolonialerbes. (Beifall.) Die öffentlichen Betriebe müssen von der Belastung befreit werden, um ihnen die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht zu erschweren. Das Hebräisch war die Stellungnahme der Kommunisten im Hinblick auf die Industriebelastungsgesetze, wobei die Rechte ihnen ihren Lauf ausgesprochen hat. Die Rentenbank wird es allerdings nicht verheben, daß die Kommunisten sich schuldig vor die Inflationsschuldner der Industrie stellen. Sie gehören nunmehr wirtschaftlich auf die rechte Seite dieses Hauses. (Lachen bei den Kommunisten.) Die Kommunisten schlagen uns nichts Brauchbares vor. (Abg. Höllein: Bündnis mit Rußland!) Alle diejenigen, die sich nicht helfen, eine neue Inflationsperiode zu verhindern, tragen zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter bei. Auch die Vereinfachung der politischen Verhältnisse verhindern sie durch die Ablehnung. (Lachen bei den Kommunisten.) Die Regierung erwidert mir, die Erklärung, die der Außenminister im Hinblick auf die Anleihe gegeben hat, daß bei Annahme des Gutachtens die Anleihe für die politischen Verhältnisse aus, auf das unbedingte Deutschland ausgebeutet werden soll, im Hinblick zu wiederholen, damit die Folgen einer Ablehnung im Volke bekannt werden. (Beifall d. d. Soz.)

Abg. Koenen (Komm.): Die Industrie wird die ihr aufzulegenden Lasten auf die Preise schlagen. Lohnraub und Erhöhung der Arbeitslosigkeit werden die weitere Folge sein. Die Gutachten der Staatsoberhäupter, sind für uns ein nationaler Verrat. Und zu allem gibt Toni Sender und gibt die SPD einseitig ihre Zustimmung. (Lachen.) (Beifall d. d. Komm.)

Abg. Schröder (Nat.-Soz.) schließt sich den Ausführungen des kommunistischen Vordruckers an. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist im wesentlichen ein Antrag eingebracht, wonach auch zur Annahme des Reichsbankgesetzes die einfache Mehrheit genügt und die Einseitigkeit des Gesetzesentwurfes entsprechend geändert werden soll.

Abg. Dr. Becker (D. Vp.): Drückt Herr Kay auf den Knopf, dann kommt der Rest von den Nationalsozialisten und umgekehrt. Die Herren von der Industrie, die im Reichsverband vereinigt sind, haben sich einmütig für die Annahme der Vorlagen ausgesprochen. Wir nehmen die Vorlagen an, weil wir sonst nichts Besseres haben.

Damit schließt die Aussprache über die Industrievorlagen. Es folgt dann die Besprechung der Vorlagen des Reichsbankgesetzes und des Reichsbank-Personalgesetzes.

Abg. Schumann (Soz.):

vermerkt unsere Partei gegen den kommunistischen Vorwurf des Arbeiterrats. Die Sozialdemokraten seien nicht verantwortlich für die bis herige Entwidlung der Dinge. Es ist aber nicht unantwortlich genug, die Dinge laufen zu lassen und auch die Interessen der Arbeiterkassette durch Ablehnung der Vorlagen zu gefährden. Die Benutzung dieser Währungsvereinfachung zur Verabschiedung werde den Sozialdemokraten den Boden in Kauf zu nehmen, auf dem sie gegen den Kapitalismus kämpfen könnten. Abg. Schumann wird den Kommunisten vor, sie hätten durch ihre Vereinfachung die Währungsvereinfachung der deutschen Arbeiterkassette gefährdet. Ohne Vereinfachung von Rhein und Ruhr sei die Währungsvereinfachung der deutschen Wirtschaft unmöglich, mit der auch das Schicksal der deutschen Arbeiterkassette verbunden sei.

Um 9 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr vormittags, vertagt.

## Albert Reinkings Höhenflug.

Roman von Emil Felden.

38) (Nachdruck verboten.)

Am Nachmittag bin ich durch die Dorfstraßen gegangen. Ich hoffte, Magdalena oder auch Grete anzusehen. Doch niemand aus dem Bürgermeisterhaus kam mir zu Gesicht.

Grete hat Frau Krohne erzählt, was geschehen ist. Unter dem Titel ihrer Verschwiegenheit natürlich! — Arme Magdalena! In höchster Seelennot ist sie Vaterhaus geflüchtet. „Der alte Bekannte“, bei dem sie Stellung gefunden hatte, ein reiches Hofbesitzer, hatte Gefallen an ihr gefunden, obwohl seine älteste Tochter mehrere Jahre älter ist als sie. Immer andringlicher ist er geworden, bis er eines Nachts sogar in ihre Kammer eindrang. Magdalena wies ihn schroff zurück, sagte aber, um das Familienleben nicht zu töten, seiner Frau nichts. In der Nacht vor ihrer Abreise ist er wieder in ihre Kammer eingedrungen; sie wehrte sich, fragte, ob und wie, als er trotzdem nicht von ihr abließ, um Hilfe, so daß das ganze Haus zusammenlief. Da hand der alte Herr in größter Schande vor allen seinen Leuten! So schändlich war nun ihres Lebens nicht länger.

Was wird nun werden?

Ich muß sie sprechen. Ihre Geliebte Peter Schaper gegenüber ist am liebsten die gleiche geblieben. Würde ich nur, wer „der andere“ ist. Im Dorfe weiß es niemand.

12. März.

Ich habe Magdalena gesehen. In der Kirche war es. Ihre großen, blauen Augen hingen an meinem Mund und schienen mir die Worte von den Lippen abzulesen. Ihr Anblick hat mir den Sonntag, trotz des geradezu trübseligen Wetters, zum wahren Sonntag gemacht.

Sie gegen Abend beim Bürgermeister gewesen. Eine schadhafte Stelle im Kirchendach hat den willkommenen Anlaß. Aber Magdalena traf ich nicht. Sie sei zu Jungmanns gegangen, wurde gesagt. Sobald als möglich schied ich und wartete durch die grundlosen Straßen zu Jungmanns. Einige Augenblicke, ehe ich ankam, war Magdalena fortgegangen.

Ich muß sie sprechen. Ich werde bald herausfinden, ob sie mich liebt. Oder ich frage sie geradewegs, wer „der andere“ ist.

16. März.

Es regnet fortgesetzt in Strömen. Ich dachte, die Bauern würden verzweifeln, da sie die Äcker nicht bestellen können. Aber nein, sie schauen gleichgültig zum Himmel empor und meinen: „Es wird schon wieder aufhören.“ Aufmerksam ist sie, die Heumäher und Angeduld, daß ich hierher. Es ist mir wahrhaftig immer noch nicht gelungen, mit Magdalena zusammenzukommen. In diesem kleinen Ort ist es schwerer, einen Menschen zu treffen, als in der Großstadt. Wäre ich ein Bauerndiener, so ließe es sich leichter bewerkstelligen. Aber auf dem Platz ruhen aller Augen, jeder weiß, wohin er seine Schritte lenkt; herumsehen und lauern, Neugierpromenaden machen kann er nicht.

Morgen will ich Bettelstule weagen wieder zu Kampmann hin. Seitdem diese Regenperiode eingeleitet hat, kommt sie morgens mit ganz nassen Haaren und Kleibern ins Pfarrhaus, zähneklappend vor Kälte. Die Scheiben ihrer Spriehausstube sind alle zerbrochen, und das unbedachte Dach läßt den Regen so stark hindurch, daß die Straße ganz nass ist; die ganze Nacht tropft es auf sie herab, obgleich sie einen Regenschirm über ihr Zeit gespannt hat. Ich habe mich von der Wahrheit ihrer Behauptungen überzeugt. Das Wasser bildet große Lachen in den Löchern der zerfallenen Dielen und riecht als Bächlein zur Tür hinaus. Durch die vollhängende verwitterten Fensterhölzer, die mit Krampen und Stroh verstopft sind, bläst der Wind. Der Bürgermeister weiß offenbar nicht, wie es da aussieht. Es muß etwas geschehen.

17. März.

Nichts erreicht!

Als ich zu Kampmann kam, hieß es: er ist verreist, kommt erst spät abends wieder. Ich sagte Mut und fragte nach Magdalena. Die beiden Töchter sind mit dem Vater, lautete die Antwort. — Ist es nicht geradezu komisch, daß ich Magdalena nicht treffen kann? Wird es morgen geschehen? — Ich habe noch eine andere Angelegenheit mit Kampmann zu besprechen: die des Lehrers. Gerade als ich in den Ueberzieher fuhr, um zum Bürgermeister zu gehen, trat Schirmer ins Pfarrhaus. Am hellen Tage. Er redete nach Bayernart erst dies und das, um plöcklich loszubrechen; so dürfte es im Dorfe nicht weitergehen, so nicht! Ob mir nicht bekannt sei, wie es der Lehrer treibe?

Ich hätte bereits vor einiger Zeit mit ihm gesprochen, sagte ich; er habe mir das Verhalten angedeutet, sich zu ändern.

Schirmer lachte höhnlich auf. Schwindel; er treibe es schlimmer denn je. Die Buchsen erzählten die tollsten Geschichten über ihn und seine Geliebte. Die Schulfürer seien dem alten Sünder gegenüber von einer geradezu ungläublichen Frechheit, da er sich ihnen nichts zu tun getraue. „Da habe ich mich selbst überzeugen wollen. Es stimmt alles, Herr Pfarrer, ich habe es selbst gesehen.“ Das müßte ein Ende nehmen; sein Kind besuche auch die Schule.

„Warum gehen Sie nicht zum Bürgermeister mit Ihrer Klage? Der ist doch des Lehrers Vorgesetzter!“ fragte ich.

„Was soll das helfen? Schon vor vier Wochen bin ich bei ihm gewesen. Er hat mir versprochen, mit dem Lehrer zu sprechen; doch es hat sich nichts geändert. Sie sind der Pfarrer. Können Sie es mitanzusehen?“

18. März.

Sie sind betrübt, geküßt, zerstreut, wie ich es eigentlich sein müßte nach dem Erleben des heutigen Tages? Nein, glücklich bin ich, namenlos glücklich! — Trotz des Zusammenstoßes mit Kampmann, des juchzenden, den ich bisher in meinem Leben mit einem Menschen gehabt hab. Aber ich habe auch Magdalena getroffen! Und habe Gemüthe. Das heißt: eigentlich habe ich sie nicht. Oder doch! Mein Herz kann nicht irren. Ich fühle es, daß Magdalena mich liebt.

Ich traf sie allein im Zimmer vor einem Koch mit Würstchen, die sie zeichnete. Als sie mich erblickte, wurde sie blaß; kurz ging ihr Atem. Bei mir war es ebenso. Benommen und schwelgen saßen wir uns eine Weile gegenüber. Wie sonderbar! Monatslang habe ich diesen Augenblick herbeigesehnt, habe mir tagelang genau ausgedacht, ja, selber vorgeschrieben, was ich sagen wollte, und nun er da war, dieser Augenblick, habe ich wie ein Schulfürer vor ihr gestanden, unfähig, meine Gefühle auszudrücken. „Sie sind — ach, wie dumm!“ — von gleichgültigen Dingen an: „Sie arbeiten wohl an Ihrer Aussteuer?“ Meine Kehle war trocken, und ich ürgerte mich über die nichtsagenden Worte.

Sie öffnete den Mund, brachte jedoch keinen Ton hervor; beständig nickte sie mit dem Kopfe.

„Wissen Sie noch, was Sie mir an jenem Morgen gesagt haben, dem unergänzlichen Morgen, da wir zusammen den Sonnenanfang erlebten? Sie würden Peter Schaper nicht heiraten. Heiraten Sie aus dem Hause. War dies Ihr Ernst oder...“

(Fortsetzung folgt.)



Aus dem Reiche.

Sitzung des Parteiausschusses. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei tritt am Freitagmorgen 2 Uhr im Fraktionszimmer im Reichstage zur Beratung der politischen Lage zusammen.

Sozialdemokratische Anfragen zur Sozialversicherung. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der Regierung folgende Anfragen unterbreitet:

1. Neuerdings zeigt sich bei den Innungen eine starke Bewegung, Innungs-Krankenkassen gegen den Willen der Versicherten in einem Maße zu errichten, daß der Bestand der zureichenden Allgemeinen Ortskrankenkassen sehr gefährdet ist. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

2. Durch Schreiben vom 31. Oktober 1923 an die sozialen Ministerien der Länder hat der Herr Reichsarbeitsminister empfohlen, die Nachweisungen zur Gemeinlast in der Krankenversicherung vorläufig nicht mehr einzufordern. Diese Maßnahme war während der Inflationszeit berechtigt, hatte aber nach der Festlegung der Währungs- und Zinsgesetze werden müssen, da nimmere ich die Gemeinlast im gesetzlichen Umfang auswirken konnte. Trotz wiederholter Empfinden von Seiten der Krankenkassen hat der Herr Reichsarbeitsminister es abgelehnt, seinen Entschluß zurückzuziehen. Worauf gründet der Herr Minister seinen unter den jetzigen Umständen unhaltbaren Standpunkt, und was gedenkt er zu tun, um ungenügend den gesetzlichen Vorschriften über die Gemeinlast zum Rechte zu verhelfen?

Für die Invaliden. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit sofortiger Wirkung die Renten aus der Invalidenversicherung um 100 vom 100 zu erhöhen.

Sozialdemokratischer Vorstoß für die Sozial- und Kleinrentner. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Bei den Verhandlungen im 9. Ausschuss des Reichstages über die Vorfrage zur Fürsorgepflichtverordnung erbat die Herr Reichsarbeitsminister Dr. Frauns, daß das Arbeitsministerium innerhalb 6 Wochen Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung erlassen wolle, in denen die Forderungen des 9. Ausschusses des Reichstages (Reichstagsdrucksache Nr. 418) berücksichtigt werden sollen.

Die sechs wöchentliche Frist ist nicht erfüllt. Die Ausführungsbestimmungen sind bis jetzt nicht erlassen. Im Reichsarbeitsministerium liegt allerdings ein Entwurf der Ausführungsbestimmungen vor. In diesem Entwurf ist aber auf die Beschlüsse des 9. Ausschusses in allen wesentlichen Punkten keine Rücksicht genommen trotz des Versprechens des Arbeitsministers. Nicht eingehalten ist das Versprechen, die Ausführungsbestimmungen auf den § 3 der Fürsorgepflichtverordnung auszudehnen und Bestimmungen über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht zu erlassen. Nicht eingehalten ist das Versprechen, Ausführungsbestimmungen zum § 6 der Fürsorgepflichtverordnung zu erlassen, nach welchen die Länder verpflichtet werden sollen, die in der Sache für die Unterfertigung festzusetzen und die Sache der Wochenfürsorge nicht geringfügig zu bemessen, als die Sache der Familienwochenhilfe. Nicht eingehalten ist das Versprechen, in den Ausführungsbestimmungen Vorschriften aufzunehmen, nach denen Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden verpflichtet werden sollen, von den ihnen überlassenen Anteilen aus Reichseinnahmen mindestens einen vom Reichsarbeitsminister nach bestimmten Grundsätzen festzulegenden Satz zur Durchführung der Pflichten der sozialen Fürsorge zu verwenden.

In dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen ist aber für die Sozial- und Kleinrentner eine weitere Verschlechterung enthalten. Die Leistungen an sie sind noch mehr als bisher auf die Almosen für die Armen herabgedrückt.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die erhebliche Not der Fürsorgebedürftigen zu beseitigen? Ist die Reichsregierung gewillt, die Versprechungen des Reichsarbeitsministers, die er dem 9. Ausschuss des Reichstages gegeben hat und den einstimmigen Beschluß des 9. Ausschusses in den Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung zu verwirklichen? Ist die Reichsregierung bereit, die Ausführungsbestimmungen sofort zu erlassen?

Wo müssen Pässe für Auslandsreisen vorkommen? Die Preussische Generaldirektion in München erludt den Amtlichen Pressebericht, auf Grund der dort gemachten monatlichen Wahrnehmungen alle Interessenten auf die große Untermisgunst hinzuweisen, die allerorts darüber herrscht, wo die Pässe für Ausreisende ins Ausland dienen sollen, vorkommen müssen. In der dortigen Dienststelle treten diese Untermisgunst besonders in Erscheinung, wenn es sich um Reisen nach Italien handelt. Es ist deshalb dringend nötig, daß jeder, der eine Reise ins Ausland beabsichtigt, sich merkt, daß die Pässe grundsätzlich bei demjenigen Konsulat des Ziel-Landes vorkommen müssen, in dessen Umkreis der Reisende seinen Wohnort oder dauernden Aufenthalt hat. Jeder Reisende, gleichviel aus welchen Gründen er das Ausland aufsuchen will, läuft Gefahr, bei den nichtzuständigen Konsulaten mit seinem Ansuchen abgewiesen zu werden.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Internationale Briefpostverminderung. Der Internationale Weltpostkongress hat den Beschluß gefaßt, das internationale Briefporto um 50 Prozent herabzusetzen und zwar noch zum 10. Oktober dieses Jahres.

Wird Gallau frei? Die zuständige Kommission des französischen Senats, die in der vergangenen Woche die Beratung des Amnestiegesetzes begann, hat am Dienstag mit einer Stimme Mehrheit den sehr umstrittenen Artikel angenommen, der die Amnestie auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Gallau ausdehnt. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß das Amnestiegesetz doch noch vor Schluß der Session im Senat zur Verabschiedung gelangt.

Mussolini kritisiert die deutschen Schulen. Im Ministerrat wurde beschlossen, die bisherige Normalchule in Bozen einzuhalten zu lassen, weil sie überflüssig sei und weil die deutsch-italianischen Elementarschulen allmählich alle verschwinden sollen. An Stelle der deutschen Normalchule soll ein italienisches Unter- und Obergymnasium in Bozen errichtet werden.

Neapel für den Faschismus verloren. Erminister Agricola, einer der Oppositionsführer Süditaliens, hat der „Giustizia“ über die Stimmung in Neapel erklärt: Die Stadt ist des faschistischen Regimes müde. Wenn die Müll am Sonntag die Bevölkerung einschüchtern wollte, hat sie sich schwer verrecknet. Neue Ausschreitungen haben das Volk empört, das sich gegen den Gedanken auflehnt, wie ein Neapel behandelt zu werden. Jetzt ist Neapel für den Faschismus endgültig verloren. Neue Gewalttaten würden kein geringeres Volk finden. Mussolini hat einmal erklärt, in Neapel habe der Kampf für die Freiheit Italiens begonnen. Ich habe den Eindruck, daß in Neapel schon seit langem der Kampf für die Befreiung Italiens vom Faschismus begonnen hat, den Italienern letzten Endes als Unabhängigkeitskrieg betrachtet.

Eine Konferenz der Kleinen Entente. Am 27. und 28. August wird in Laibach eine Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente stattfinden. Im Vordergrund der Beratungen werden folgende Punkte stehen: 1. Wie soll sich die Kleine Entente während der Balkenhandlung verhalten, wenn die Kontrolle der Rüstungen der unterliegenden Staaten, namentlich Bulgariens, Ungarns und Oesterreichs, mit der der Völkerbund betraut werden soll, verhandelt werden wird? 2. Die Kleine Entente wird dabei die Forderung vertreten, daß sie in den mit der Kontrolle betrauten Kommissionen vertreten ist. 3. Das Verhältnis der Kleinen Entente zu Rumänien. Man ist der Ansicht, daß die Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sich für die Anerkennung der Sowjet-Regierung einsetzen werden. 4. Die Folgen des Londoner Abkommens. In dieser Frage will die Kleine Entente erreichen, daß ihre Interessen an den Reparationsleistungen und den Kriegsschäden berücksichtigt werden.

Wieder Schulsticht in Haft. Wie die Budapest-Blätter melden, hat die deutsche Regierung an die ungarische Behörde am Montag das Ansuchen um Einleitung des Auslieferungungsverfahrens gegen den Schüler-Schulsticht gestellt. Im Sinne dieses Antrages beschloß der Ministerpräsident, daß der Schulsticht auf Grund des Auslieferungsbefehrs der deutschen Regierung in Haft genommen bzw. behalten werde. Die Haft ist auf sechs Wochen beschränkt, und in dieser Zeit muß über das Auslieferungsbefahren, das durch das Justizministerium auf diplomatischem Wege zu erledigen ist, entschieden werden. In erster Reihe wird die Frage entschieden werden, ob es sich um einen gewöhnlichen oder einen politischen Mord handelt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Herrnprotz. Diskussion über die Eingemeindung in Breslau. Das Breslauer Eingemeindungsprojekt beschäftigt aus lebhaftester die Bewohner der davon berührten Ortsteile. Ein lebhafter Meinungswechsel für und wider die Eingemeindung ist entbrannt. Von den Gegnern der Eingemeindung wird hauptsächlich das höhere zukünftige Steuerloft ins Treffen geführt. Die Steuerfrage kann aber auch in anderem Licht erscheinen. Während die Stadt Breslau für die Arbeiter, welche durch ihre Einrichtungen in den Industrieerwerken der Vororte beschäftigt sind, wohl zu sorgen hat, sind die Industrieerwerke selbst als Träger indirekter Steuern der Stadt entzogen. Die Berücksichtigung der Einzelne zu hohe Steuern zahlen müßte, dürfte wohl hinreichend sein, wenn man die Bevölkerungsanzahl der Vororte mit der Einwohnerzahl der Stadt Breslau vergleicht. Das Hauptopfer dürfte wohl ohne Zweifel die Stadt Breslau sein, denn wie sieht es zum Beispiel mit den sanitären Einrichtungen aus, welche die kleinen Orte aufzuweisen haben? Diese oder jene Gemeinde dürfte ja mandats gefahren haben, aber im ganzen sind die vorhandenen Einrichtungen sehr geringfügig und rückständig. Was dagegen die Stadt schaffen kann, sehen wir hier in Herrnprotz. Als die Fürsorge auf den Dörfern bei Krankheit mehr wie unzureichend, wie viel mehr erst bei Alter und Gebrechlichkeit. Daß Einrichtungen, wie zum Beispiel die Breslauer Feuerwehr, nicht umsonst gehalten werden können, versteht sich von selbst.

Alles in allem kann sich kein Mensch den großen Vorteilen verschließen. Darum muß es auch unter unseren Genossen in den Gemeindeführern heißen: Für die Eingemeindung, für eine großzügige Siedlungs-, Sozial- und Bevölkerungspolitik im Interesse des Allgemeinwohls und der Zukunft.

Kaltern. Die vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am 23. August abgehaltene Gründungsversammlung hatte einen zahlreichen Besuch aufzuweisen. Besondere Freude erregte es, daß Kameraden aus Sagan, Brodau, und Ichnitz herbeigekommen waren. Das Referat des Kameraden, Rechtsanwalt Kieker-Breslau wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die anwesenden Gegner bewiesen trotz jugelagerter freier Aussprache ihren Mut durch Schweigen. Die Gründung einer neuen Ortsgruppe für Kaltern und Umgegend war das erfreuliche Resultat der Versammlung.

Aus Schlesien.

Politische Neutralität der bürgerlichen Turnvereine. Von politischer Neutralität der bürgerlichen Turn- und Sportvereine reden und schreiben immer wieder die bürgerlichen Turn- und Sportgruppen — und Tausende organisierter Arbeiter glauben es und bleiben weiterhin Mitglieder in diesen Vereinen. Einige Kostproben dieser Neutralität seien deshalb wiedergegeben.

In Klesch O.L. fand am 1. April eine Bismarckfeier statt, von dem Militärverein, dem Deutschen Offiziersbund und dem bürgerlichen Turnverein Klesch gemeinsam arrangiert. Der Alte Turnverein Breslau hat in der Nachkriegszeit sein altes Turnwappen, die vier F. künstlerisch umgestalten lassen, so daß alle Augenstehenden dieses Kunstwerk der vier F als Falkenkreuz ansehen. Das Feil der Verbrüderung der Deutschen Turnerschaft mit den Falkenkreuzern ist damit wenigstens auch nach außen hin dokumentiert.

In Langenbielau fand am 28. März dieses Jahres eine gemeinsame Sitzung der bürgerlichen Turnvereinsleitung und des Stahlhelmvorstandes statt zwecks Regelung der Übungsstunden.

In Neutrich bei Breslau führten Stahlhelmgruppen von einer Nachhilfsstunde durch den Ort, das Chhards-Lied singend, zurück. Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins, von der Übungsstunde kommend, trachten darauf ein Hoch auf die Brigade Ehrhardt aus.

In Hirschberg in Schlesien beteiligten sich an der Fahnenweihe des Stahlhelms auch die bürgerlichen Turnvereine. In dem schwarz-weiß-rot ausgeschmückten Saale leitete den nicht-offiziellen Teil des Kommerzes der Vorsitzende des bürgerlichen Turnvereins „Vorwärts“, Hirschberg, Der Fahnenweihegedanke wird in beiden Organisationen gleichmäßig gepflegt.

Es geht doch nichts über die „Politische Neutralität“. Wie lange noch werden denkende Arbeiter diesen Bruderorganisationen der Bäckerei als Mitglieder angehören?

Streifen. Zwei Bahnarbeiter erschossen. Am Montag abend, bald nach elf Uhr, erschossen auf dem Bahnhof Wagnern ein junger Mann, Reinhold Pauer aus Ober-Rosen, und hat den Stationsvorsteher, ihn zu verbinden, da er auf dem Wege vom Gasthaus Rufe zur Bahn das Opfer eines Mordfalles geworden sei und einen Streifen am Arm erhalten habe. Sein Fahrrad sei ihm dabei auch weggenommen. Da die Einfahrt eines Zuges unmittelbar bevorstand, hatte der Stationsvorsteher keine Zeit zur Hilfeleistung, und so fuhr Pauer mit dem nun einlaufenden Zuge nach Strehlen, um in die Nähe seines Heimatortes zu gelangen. Im Stationsgebäude hatte er einen Revolver zurückgelassen. Als danach der Stationsvorsteher einen Arbeiter in das Dorf schickte, fand dieser unterwegs ein Fahrrad und dann in der Nähe des Gasthauses Rufe einen Toten und einen Schwerverletzten. Der Tote, dessen Körper einen Herzstich zeigte, war der Bahnarbeiter Karl Trauf aus Wagnern; der andere, der Bahnarbeiter Gustav Wegehaupt aus Wagnern, war lebensunfähig und verstarb um 1 1/2 Uhr nachts. Auf dringliche Benachrichtigung der Station Strehlen wurde Pauer, als er dort den Zug verließ, verhaftet. Die näheren Umstände des Vorfalles sind noch nicht aufgeklärt.

Silberberg. Ein Anschlag auf einen Zug der Gulegebirgsbahn war hier geplant. Man fand auf der Strecke zwischen Silberberg und Neudorf eine starke Bohle in eine Weiche fest eingeklemmt, so daß der nächstfolgende Zug über das Hindernis an sehr gefährlicher Stelle hätte entgleiten müssen. Zum Glück wurde der Anschlag rechtzeitig bemerkt. Die Nachforschungen nach dem Missetäter blieben bisher leider vergeblich. Kaufmann. Ein Heldentat ist es wirklich nicht, wenn ein Leutnant a. D. zwei ahnenleisende zehnjährige Jungen verprügelt. Dies aber hat ein Sohn des Dominiksbürgers auf Niemitz fertig gebracht. Haben die armen Kinder keine Erlaubnis gehabt, konnte man sie vom Aker weisen, denn es ist wirklich keine Kunst, ein paar ausgemergelte Kinder zu schlagen. Ansehend sollen lieber die Lehren verkaufen, als daß sie sich ein paar arme Menschen aufleien dürfen.

Gleiwitz. Vertätigung der Wahl des ersten Bürgermeisters. Die Wahl des Bürgermeisters Dr. Geisler zum ersten Bürgermeister von Gleiwitz ist bestätigt worden.

Kattowitz. Hungerstreik im Kattowitzer Gefängnis. Seit einigen Tagen befinden sich die politischen Gefangenen im Amtsgerichtsgefängnis in Kattowitz im Hungerstreik. Ueber die Gründe für das Verhalten der Gefangenen konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden, da die Gefängnisverwaltung jede Auskunft verweigert und streng darüber wacht, daß die Gefangenen ihren sie besuchenden Angehörigen keinerlei Aufklärung geben.

Aus aller Welt.

„Einer ist Herr im Reiche —“ An dieses, seinem Zähenwahn entprungene Wort Wilhelm des Verten muß man unwillkürlich denken, wenn man in dem Tagebuche der Fürstin Svelyn Blücher das jetzt im Verlag für Kulturpolitik (München) erschienen ist, Einzelheiten findet aus der Kriegszeit, in der der „Kaiserliche Herr“ sich nur als ein Spielball in den Händen der Kriegstreiber und „Durchhitzer“ erweist. „Mir sagte ein Freund“, schreibt die Fürstin Blücher einmal, „der Kaiser werde tatsächlich von Männern wie Falkenhayn bewacht. Falkenhayn gestattete es niemals, daß er jemanden allein empfangt. Fürst Münster versuchte es, den Kaiser ohne Zeugen zu sprechen, jedoch ergebnislos.“ Es deutet sich diese Angabe auch im übrigen mit jenen von Balkin, dessen letzte Audienz auf Wilhelmshöhe auch durch Herrn von Berg überwacht wurde. Und als der Witte der Fürstin, Fürst Gerhard Blücher, im April 1917 in Briataubien in Schön's Belleue empfangen wurde, erzählte er nach seiner Audienz seiner Gemahlin, der Kaiser sei ihm hilflos und verlassen erschienen. Aus den Tagen des Niederbruchs der deutschen Macht finden wir die Bemerkung: „Der Kaiser soll vollkommen im unklaren über die eigentliche Stärke der amerikanischen Arme gewesen sein, weil Ludendorff alle Berichte unterdrückte und sich ganz auf seine Offensivberiefte.“

Ein neuer Tauchapparat. Versuche mit einem neuen Tauchapparat werden jetzt in Waikanae unter Leitung des Konteradmirals A. D. Behnd angefaßt. Der Apparat, eine Erfindung des Württembergers Galt, ist eine Art gepanzerter Taucheranzug. Mit ihm sollen Tiefen bis zu 110 Meter erreicht werden sein. In 85 Meter Tiefe soll man bis zu fünf Stunden mit dem neuen Apparat gearbeitet haben. Es wurde festgestellt, daß das Sonnenlicht bei ruhigem Wetter bis in eine Tiefe von 100 Meter reicht.

Flugzeug Berlin-Hof abgeflüzt. Das Flugzeug „D 149“ der Vera-Flugzeug-Gesellschaft ist infolge Wetterverhältnissen auf der Fahrt von Berlin nach Hof in der Nähe von Wittichenberg abgeflüzt. Der Führer des Flugzeuges wurde schwer verletzt. Der Passagier ist nur leicht verletzt.

Theodor Zell gestorben. Dr. Leopold Baule, der unter dem Namen Theodor Zell schrieb, ist in Berlin im 63. Lebensjahre gestorben. Zell hat eine große Reihe volkstümlicher Schriften verfaßt, in denen er immer wieder das Tier im neuen Lichte zeigt. Er war von Haus aus Jurist, aber von Jugend an Beobachter und Späher. Für seine Beobachtungen wählte er Belege und Bestätigungen aus der Literatur zu erbringen. Sicherlich hat er wie alle Eingänger manches richtig Beobachtete übersehen und übertrieben, aber immer ist er anregend und erzieht er zum eigenen Nachdenken und Nachdenken.

Professor Otto Mayer gestorben. Die deutsche Rechtswissenschaft hat den Tod des ehemaligen Ordinarius für öffentliches Recht der Universität Straßburg und später Leipzig, Geheimrat Dr. Otto Mayer zu beklagen, der in Hilsbertsau im bairischen Schwarzwald im 79. Lebensjahre gestorben ist. Mayer galt als der bedeutendste deutsche Verwaltungsrechtler. Er war als Verfasser vom Vergleich des französischen Verwaltungsrechts mit dem deutschen angeregt.

Eine Windhohe in Amerika. Durch eine Windhohe ist die Saint Patrickskirche in Indiana (Pennsylvania), in die sich beim Herannahen des Sturmes etwa 100 Einwohner geflüchtet hatten, zerstört worden. Mehr Personen wurden getötet, 22 verletzt.

Die Entdeckung eines Amazonenstaates in China. Ein Staat von Amazonen, die über die Männer ihres Stammes unumfassend herrschen, ist in China von dem Leiter der Expedition, die die amerikanische Geographische Gesellschaft ausgesandt hat, Frederick R. Wulfin, entdeckt worden. Wie Neuportler Blätter melden, sind die Bewohner dieses Staates mongolischer Abstammung, heißen Lo-Nuns und haben sich seit uralten Zeiten in dem westlich bekannten Teil West-Chinas angefaßt, in dem die Quellwasser des Gelben Flusses liegen. Man nimmt an, daß die Lo-Nuns und die ihnen benachbarten Stämme seit Jahrhunderten im Herzen Menns wohnen und ein merkwürdiges Kafien-gemisch darstellen. Aus ihren Kassenmerkmalen schließt man darauf, daß das Quellgebiet des Gelben Flusses einer der wichtigsten Mittelpunkte der frühen asiatischen Völkerwanderungen war. Die Frauen sind in diesem Staat die eigentlichen Herrscher, und zwar halten sie die Männer nicht etwa durch Jugend und

besondere Schönheit in ihrer Macht, sondern auf Grund eines uralten Mutterkafienrechts, das den alten Frauen die höchste Würde verleiht. Da der anbauwürdige Boden spärlich ist, so können nur wenige Familien ihren Unterhalt finden. Die Frauen haben daher das Recht, mehr als einen Mann zu ehelichen, und sie schließen Heiraten auf Zeit ab, die sechs Monate, sechs Wochen oder auch sechs Tage dauern. Die Nachkommenschaft aus diesen Ehen sieht in dem Mann ihren Vater, den ihr die Mutter als solchen vorstellt. Die anderen Männer der Frau gelten als „Onkel“ der Kinder. Familiennamen sind unbekannt, und von den Kindern wird als von dem Sohn oder der Tochter der oder jener Frau gesprochen. Kaufen und Verkaufen ist nur den Frauen gestattet oder darf jedenfalls nur mit ihrer Einwilligung erfolgen. Sie führen den ganzen Haushalt. In einigen Teilen des Landes gibt die „Hutwahl“, die auch bei manchen anderen Mongolenstämmen vorkommt. Ein Mann darf den Hut einer Frau, die er auf dem Tempelgebiet antrifft, fornehmen, und sie wird dann ohne weitere Zeremonie seine zeitweilige Frau. Männer und Frauen rauchen ein Kraut, das dem Tabak ähnlich ist. Als Gewürz werden zusammengereichte Teemengen in Ziegelform verwendet, und mit ihnen läßt sich jedes Verbrechen wieder gutmachen. So folgte zum Beispiel die Ermordung eines Priesters 200 Teeziegel, während für das Leben eines Fremden nur 2 bis 3 Teeziegel gezahlt werden.

Wolkenträger aus Eisenbeton. In Dallas (Texas) wurde ein Turmhaus in Eisenbeton von 78 Meter Höhe bei 19 Geschossen erbaut, das ausschließlich Räume für die Ausübung des ärztlichen und zahnärztlichen Berufes und für den Verkauf von Medikamenten enthält (Medical Arts Building). Die drei untersten Geschosse nehmen die ganze Grundfläche des unregelmäßig gestalteten Bauplatzes ein. Auf sie bauen sich in kreuzförmigem Grundriß die weiteren 18 Stockwerke auf, womit eine sehr glänzende Luft- und Lichtverteilung verbunden ist. Die Abmessungen sind nach der „Leitfaden für Architekten“ Länge der Hauptachsen 34,0 Meter, Flächbreite 11,8 Meter. Der Kern des Gebäudes dient dem Verkehr, in den vier Ecken befinden sich die Arbeitsräume. Das ganze Gebäude wird von einer Treppenanlage, vier Aufzugschächten und einem Luftschacht durchzogen. Die Last des Bauwerks wird durch im ganzen umzogen durch die Stockwerke laufenden Eisenbetonstützen auf den Baugrund übertragen, der aus diesem Holz besteht.



**Lobe-Theater**  
Intendant: Paul Barnay  
Tel. R. 6774 u. R. 6700.

Mittwoch, Donnerstag  
abends 8 Uhr:  
Bernhard Shaw's Komödie  
**Pygmalion**

Sonntag, um 1. Male:  
**"Ingeborg"**  
Komödie von Kurt Götz  
mit Carola Neber, Hans Poppler,  
Rob. Meyn, Alf. Fick, Fr. Kusack

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. Ring 2545.

Täglich 8 Uhr:  
Nur noch 5 Aufführungen!  
Gesamt-Gastspiel  
des  
**Wiener Ronacher-Theaters**

**WIEN GIB ACHT!**

Große Ausstattungs-Revue  
in 11 Bildern.

Sonntag, den 31. August,  
nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Katja, die Tänzerin.**

Montag, den 1. September,  
abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Das Weib im Purpur.**  
Musik von Jean Gilbert.

**Lieblich-Theater**  
Operetten-Saloon

Nur noch 6 Tage  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Schlager  
von Walter Kello:  
Dio  
**Frau ohne Kuba**  
mit  
Molly Wessely, Fritz Spira,  
Otto Bach, Rudolf Kurt,  
Georg Feldmann.

**Viktoria-Theater**  
Neue Taschenstraße.

Nur noch  
bis Sonntag  
Täglich 8 Uhr:  
Personen unter 10 Jahren  
keinen Zutritt!

Gastspiel 7940  
Eilfriede Mertens  
**JOU-JOU**  
die vergnügte  
Scheintote

Ruchhandlung Volkswacht.

**Schlesisches Landesorchester**  
Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:  
**Südpark-Konzert.**  
Jupiter-Symphonie Mozart. — Leitung: H. Behr.

**Lieblich-Theater**  
Montag, den 1. September,  
8 Uhr:  
Beginn der Varieté-Saison  
mit den größten  
Auslands-Sensationen

**Mijaves Bros**  
Das mexikanische Drahtseil-Wunder

**5 Kaeth's**  
Holländische Harmonika-Virtuosen

**Baptista Schreiber**  
„Die weiße Reiterin“  
und 10 weitere Attraktionen.

**Ganz Breslau**  
lacht sich im  
**Thalia-Theater**  
gesund.

**Verlagte Nacht**  
mit  
**Stössel**  
ist  
Tagesgespräch  
Anfang 8 Uhr  
Telefon: Ring 6700

**Geigen**  
Lauten etc.  
auch auf Teilzahlung.  
Saiten — Bestandteile  
in größter Auswahl.  
**piano-Neumann**  
Neue Graupenstraße 13.

Blumen vergeben,  
Bücher bestehen!  
Gute Geschenkliteratur  
hält in reichster Auswahl  
am Lager  
Volkswacht-Buchhandlung  
modernes Antiquariat  
Neue Graupenstraße 5.

**Telegramm**  
Schwarzenbergs humoristische  
**Sänger-Gesellschaft**  
10 Herren  
gastieren ab  
Sonntag, den 31. August in  
**Oberbayern** Garten-  
straße 65

Restbestand!  
**Kinder-Sportwagen**  
wegen Aufgabe mit 25% Rabatt, solange Vorrat.  
**Albert Marcus, Bazar**  
Ring 51.52. Ring 51.52.

**Sägepäne**  
gibt laufend größere Mengen ab  
Dampfjägewerk Breslau X  
Berlängerte Niedergasse.

**Möbel-Ausverkauf!**  
Nur bis 6. September d. J. zu außerordentlich  
billigen Preisen, nur zusammen.  
Solange der Vorrat reicht, empfehle u. a.:  
Vertikos v. 45 Mk. an, Schränke v. 45 Mk. an,  
Bettstellen v. 25 Mk. an, Tische von 17 Mk. an,  
Spiegel von 20 Mark an,  
Schlafzimmer, komplett, von 250 Mark an,  
Speisezimmer von 200 Mk. an,  
Entree-Garderoben von 40 Mk. an, ferner:  
Divans u. Chaiselongues u. Schreibische u. Stühle  
Geöffnet von 8-1 und 3-6 Uhr.  
**S. Osswald, Albrechtstr. 6, III. Etg.**

**Bei Lungenleiden**  
Tuberkulose und deren Nebenerscheinungen  
wie  
Asthma  
chronischer Husten  
Lungenblutungen  
Kräfteverfall  
Nachtschweiß  
Bronchialkatarrh  
lästiges Stechen in den Lungen.

Nach Mitteilungen von bekannten Fachkräften noch erstaunlich wirksam im vorge-  
schrittenen Stadium, wo die anderen Mittel versagen. Auf Grund langjähriger  
Erfahrungen sind wir in der Lage, für unser Präparat Garantie zu übernehmen. Zu be-  
ziehen durch Stern-Apotheke, Kempten i. Allgäu, wenn in den übrigen Apotheken nicht  
vorhält. Einzelkarton RMk 3.-, Kur = 7 Kart. RMk 21.-, Doppelkur für ältere Fälle  
= 14 Kart. RMk 36.-. Weisen Sie energisch ausgiebig ebenso Gates zurück.  
Jetzt im Sommer ist die günstigste Zeit eine O.H.E.-Kur durchzuführen. 4639

**Die billigsten Preise!  
Die besten Qualitäten!  
Die größte Auswahl!**

Einige Beispiele:

**Baumwollwaren:**

1 Posten	Handtuchstoff grau Drill	0.55
1 Posten	Küchenhandtücher h'Leinen, 45 cm breit gute Qualität	0.70
1 Posten	Hemden- u. Wäschetuche 0.95, 0.75	0.58
1 Posten	Hemdenbarchent	0.85
1 Posten	Oxford für Hemden, gebleicht	0.62
1 Posten	Rohnessel Qualität	0.72
1 Posten	Velour Muster	0.95
1 Posten	Züchen 80 cm breit	0.95
1 Posten	Züchen 130 cm breit	1.65
1 Posten	Schürzenstoff echte Qualität	1.20
1 Posten	Inlett 80 cm breit	1.45
1 Posten	Inlett 130 cm breit	2.35
1 Posten	prima Eider doppelseitig, glatt und gestreift gebleicht, pa Halb-	1.45
1 Posten	Damasthandtücher Leinen, schöne Blumen- und Streifenmuster, 46x100 cm	1.45
1 Posten	Bettendamast 80 cm breit	1.65
1 Posten	Bettendamast 130 cm breit	2.80

**Bettwäsche:**

1 Posten	Crens 130 cm breit, gebleichte, starkfädige Ware für Bettlaken	1.95
1 Posten	h'Leinen 130 cm breit, starkfädige Ware für Bettlaken aus Leinen, Deckbett 130x200, dazu 2 Kissen 80x100 mit Knopflochern und Knöpfen	2.85
1 Posten	Bettbezug 80x100 mit Knopflochern und Knöpfen	9.50
1 Posten	Bettbezug aus prima Mako, bestickt, Deckbett 130x200, dazu 2 Kissen 80x100 mit Knopflochern und Knöpfen	9.75
1 Posten	Bettbezug aus prima Mako, bestickt, Deckbett 130x200, dazu 2 Kissen 80x100 mit Knopflochern und Knöpfen	16.50
1 Posten	Bettbezug aus prima Damast, Deckbett 130x200, dazu 2 Kissen 80x100 mit Knopflochern und Knöpfen	17.50

**Kleiderstoffe:**

1 Posten	Blusenstoffe mit schönen Effektstreifen	1.15
1 Posten	Schotten doppelt breit, gute Qualität, aparte Muster für Kinderkleider	1.30
1 Posten	Cheviot doppelt breit, prima Halbwole in 10 moderner Farben	1.70
1 Posten	Cheviot doppelt breit, prima reine Wolle, schwere Qualität in vielen Farben	2.15
1 Posten	Cheviot reine Wolle, 130 cm br., marine, schwarz, schwere Ware für Kostüme und Röcke	2.95
1 Posten	Streifen doppelt breit, für Röcke und Kleider, in schönen Farbestellungen	1.85
1 Posten	Donegal 120 cm breit, für Sportkostüme, Röcke und Erzeches	2.10
1 Posten	Papeline reine Wolle, doppelt breit, gute Qualität, moderne aparte Farben	2.90
1 Posten	Gabardine 130 cm breit, reine Wolle, prima Qualität in 10 verschiedenen Farben	5.90

**Waschstoffe:**

1 Posten	Mousseline helle und dunkle Muster	0.78
1 Posten	Zephir für Blusen und Oberhemden	0.65
1 Posten	Blaudruck gute Qualität	0.75
1 Posten	Perkal 80 cm breit, Elsässer Ware	0.85
1 Posten	Cheviot 70 cm breit, waschecht mit schönen Streifen und Mustern	0.95
1 Posten	Frottés schöne Karos in vielen Farbestellungen	0.95
1 Posten	Strickfrotté doppelt breit, aparte Farben	1.45
1 Posten	Wollmousseline letzte Neuheiten	1.85

**Männerhemden**

1 Posten	aus prima gebleichtem Oxford voll, weit und lang	2.65
1 Posten	aus prima Sportflanel voll, weit und lang	3.40
1 Posten	aus prima Regatta voll, weit und lang	3.65
1 Posten	aus prima Schloßerbarchent voll, weit und lang	3.75

Mengenabgabe vorbehalten!

**M. Aschkowitz**  
Scheitniger  
Straße 13.

10% Vorkauf Rabatt 10%  
10% Vorkauf Rabatt 10%  
10% Vorkauf Rabatt 10%

**Wir verschenken**  
keine  
**Radio-Apparate**  
verkauft aber zu unerhört billigen Preisen  
nur erstklassige Ware.

Radio-Apparate größte Lautstärke	3.90	Mk. an
Erstkl. Doppelkopfhörer 1900 Ohm	6.90	Mk. an
von 8000 Ohm	8.00	Mk. an
" Feldhörer	von 2.25	Mk. an
Dektoren	von 1.00	Mk. an
Geprüfte Kristalle	von 25	Pf. an
Spulen	von 85	Pf. an
Antennenlitze	von 5	Pf. an
Spulenträger	von 1 1/2	Pf. an

**Gerhard Kutz & Co.**  
Schuhbrücke 72  
Zweigstelle: Anderssonstr. 3, Ecke Friedr.-Wilhelmstr.  
Der Bau von Empfangsapparaten ist nur mit  
Genehmigung der R. T. V. gestattet. 7969

**Möbel**  
Speise-, Herren-, Schlafz.  
Klubgarnituren, Stühle, Küchen  
sowie Einzelmöbel  
Eigene Erzeugnisse in nur der bester Ausführung, jeden  
Geschmack befriedigend, liefert bei instanten Zahlungs-  
bedingungen und langfristigen Termimen sehr preiswert.

**T. Marek**  
Möbelfabrik und Versandhaus  
Tel. O. 3094. — Schiefwunderplatz 12

**Sozialistische Monatshefte**  
Redigiert von J. B. B. B.  
monatlich 50 Pf.  
vierteljährlich 1.50

Bestellungen bei allen Zeitungsanstalten u. der Volks-  
wachtbuchhandl., Breslau II.

**Frauen**  
gebrauchen bei unregelmäßiger  
Eizung 7564  
m. garantiert unfehlb. Mittel.  
Frau D. schreibt: Heute habe  
ich mir Ihr Mittel und morgen  
trat der Erfolg ein.  
Sämtliche Frauenartikel.  
Weißbrotmittel.

Auskunft gegen Rückporto.  
Frau M. Böhm, Breslau II,  
Grünstr. 9, 5. St. u. Hauptbühn.

**Zür Klischees**  
und Matrizen, die  
innerhalb 14 Tagen  
nach Ablauf des  
Auftrages nicht  
abgeholt, kann eine  
Gewähr für Aufbe-  
wahrung nicht über-  
nommen werden.

**Verlag**  
der  
**Volkswacht**

**Druckerei Volkswacht**  
fertigt moderne Druckarten  
Breslau 2 Hauptstraße 4/6

**Wohnungen**  
**Tausche**  
2 Zentr. Zimmer, 1 Zentr.  
Küche, Gas und Wasser ver-  
handen, in etwas größerer  
Nähe Gräbinger Straße.  
Offerten unter 757 an die  
Volkswacht-Buchhandl. 3342

**Käufe**  
**Kinderwagen** aller Art  
1. Preis Kameri, Gießenstr. 11

**Kleine Anzeigen**  
sind komprimiert gesetzt ein-  
Anzeig. v. Verkauften, Kaufge-  
suchen u. a. nur von Privatlen.  
Wort 3 Pf., text 4 Pfennige

1 neue Cutaway-Hose zu  
verkauft oder gegen Jackett  
oder Schuhe, Größe 48, zu  
kaufen bei Weigelt, Gärtn-  
erweg 6. 4846

**Arbeitsmarkt**  
**Reisevertreter** für die Provinz  
möglichst mit Re-  
für einen gesuchten  
Bekleidungsartikel bei sehr hohem Gewinn gesucht.  
Legitimations-Papiere oder 20 Mk. Kautions sind  
mitzubringen. Vorstellung 2-5 Uhr. 3814

**Abraham, Sonnenstraße 39.**



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. August.

Sozialdemokratische Partei.

Betriebsvertrauensleute, Distriktsfunktionäre!

Eine Anzahl Mitteilungsbücher des Parteivorstandes liegen noch im Parteisekretariat für die Funktionäre zur Abholung bereit.

SD. Kolonne 4. Freitag, den 29. August, abends 6 1/2 Uhr. Wichtige Zusammenkunft im „Lanzenhof“, Berliner Str. 7. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

SD. Kolonne 5. Donnerstag, den 28. August, abends 7 Uhr. Wichtige Zusammenkunft bei Heinrich, Andriessstraße 39. Das Erscheinen aller SD-Mitglieder ist unbedingte Pflicht. Arm- und Parteimitgliedsbuch sind mitzubringen.

Jungsozialisten. Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr. Arbeitsgemeinschaft „Das kommunistische Manifest“. Freunde unserer Bewegung sind zur Teilnahme eingeladen. Geller auch für Sonntag, den 7. September frei. Näheres Donnerstag.

Arbeiterjugend. Wir treffen uns heute um 7 1/2 Uhr vor der Volksbühne, Albrechtstraße, Oberpräsidium. Niemand fehle!

Kommunalisierung und wirtschaftliche Konzentration.

Seit Marx ist die Erkenntnis von der steigenden wirtschaftlichen Konzentration des Kapitals Gemeingut des Proletariats geworden. In der letzten Zusammenkunft, die der Deutsche Eindeutigkeit vorgenommen hat, zeigen uns, wie auch die Kommunalisierung vor diesem wirtschaftlichen Zwangsgeheim nicht bewahrt geblieben ist, wie vielmehr auch auf dem Gebiete der Kommunalisierung, sobald es sich um wirtschaftliche Aufgaben handelt, die Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration in die Erscheinung tritt.

Die Gaswerke, bis auf verhältnismäßige Ausnahmen kommunale Werke, haben sich nämlich in einer wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke zusammengeschlossen, die in Form einer Aktiengesellschaft gemeinsame wirtschaftliche Aufgaben erfüllen soll. Der Wirtschaftsausschuss hat sämtliche Werke an. Es fehlen von den größeren Werken nur noch Hirschberg, Glatz, Guben, Gütrow, Köselin, Neuzuppin, Neutritzsch, Neustadt, Scherwin, Tilsit und Wismar. Der Hauptzweck war ursprünglich die Regelung des Kohlenabzuges. Mit der Zeit kam aber hinzu die Nebenproduktverwertung und die Beschaffung von Bedarfsgegenständen der Gaswerke.

Zur Durchführung der einheitlichen Regelung des Kohlenabzuges hat die Wirtschaftliche Vereinigung mit den einzelnen Mitgliedsunternehmen Verträge abgeschlossen. Zum gleichen Zwecke wurden auch bezugsweise Gaswerksbetriebsgesellschaften gegründet. Bishergehend trat das im Reichsstatistikgesetz von 1919 vorgesehene Gaswerksstatistik auf den gleichen Plan, das sich aber in Liquidation befindet.

Was die Nebenprodukte weiter angeht, so beschränkte sich die Tätigkeit der Wirtschaftlichen Vereinigung ursprünglich auf die Verwertung des Abzuges des Kohlenabzuges. Jetzt aber wird der Kohlenabzug auch für Rechnung der Gaswerke verarbeitet. 333 Gaswerke sind hierbei durch Lieferungsverträge beteiligt. Es fehlen von den größeren Städten nur noch Berlin, Hamburg und Breslau, die ihren Teer durch die Kohlenwerke verarbeitet lassen, sowie Kiel, Augsburg, Nürnberg und Stuttgart, die eigene Anlagen haben. Die Verarbeitung erfolgt auf Grund von Verträgen, die die Wirtschaftliche Vereinigung mit Teerfabriken abgeschlossen hat. Einmal ist mit der Langen Teerdestillation in Düsseldorf ein langfristiger Pachtvertrag geschlossen, nach dem die Fabrikationsanlage von der Wirtschaftlichen Vereinigung gegen einen Pachtzins erpachtet ist. Sodann ist weiter mit den Kohlenwerken eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen worden. Auf dem Gebiet der durch die Teerverarbeitung gewonnenen Erzeugnisse ist eine besondere Nebenprodukt-Betriebsgesellschaft gegründet worden.

Bei den sonstigen Nebenprodukten außer Teer findet nur ein Verkauf nicht eine Verarbeitung statt. Es sind jedoch neue Verhandlungen über die Verarbeitung von Gasreinigungsmasse im Gange.

Weiter geht von der Wirtschaftlichen Vereinigung die gemeinsame Gaswerkverwertung, die Kohlenabzehrung sowie der gemeinsame Einkauf für die Gaswerke aus.

Diese kurzen Angaben zeigen uns, daß Kommunalisierung nicht eine Unterdrückung der wirtschaftlichen Leistungskraft bedeutet, wie unsere Gegner immer so gern behaupten. Sondern organisierte Kommunalisierung bedeutet wirtschaftliche Macht und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die auch möglich ist, ohne daß ein wirtschaftliches Zerrennen dahintersteht.

Gießereitechnische Ausstellung.

Im Rahmen der Hauptversammlung des Vereins deutscher Gießereitechniker, Gießereiverband, die in Breslau stattfinden, veranstaltet der deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen, Berlin NW., im Hauptgebäude der Technischen Hochschule, Breslau, gleichzeitig eine umfangreiche, gießereitechnische Ausstellung. Sie umfasst neueste Lehrmittel in Form von Wandtafeln, Zeichnungen usw. mit den zugehörigen Modellen. Sie bietet nicht nur dem Fachmann, ob Ingenieur, Handwerker oder Lehrling, außerordentliche Anregungen, sondern sie wird auch alle Lehrer und Schüler der technischen Fachschulen ebenso wie die Studierenden der Technischen Hochschule interessieren. — Auch diejenigen Kreise, die mit der Berufswahl zu tun haben, werden über die Tätigkeit der Modellbauer, Formner, Kernmacher und Gießer ausführlich unterrichtet.

Wirksam ergänzt wird diese Ausstellung durch eine besondere Abteilung über Kunstguss führender schlesischer Werke.

Die Ausstellung ist der Öffentlichkeit ab Sonnabend, den 30. August, bis einschließlich Sonntag, den 7. September, kostenlos zugänglich. Sie ist werktäglich von 9-6 Uhr und Sonntags von 10-4 Uhr geöffnet.

Die Bewegungsgelder der Kriminalpolizei.

Zu dieser Aufschrift in der Nummer 193 vom 19. August schreibt uns der Polizeipräsident eine Berichtigung, in der festgestellt wird:

Es sei unrichtig, daß die Verteilung der Bewegungsgelder von der Kriminaldirektion „beschlossen“ ist, sie sei vielmehr von ihm, dem Präsidenten, in der angegebenen Weise angeordnet worden.

Unrichtig sei auch, daß 20 Oberbeamte zusammen jährlich zirka 5000 Mark erhalten; sie erhielten nicht einmal die Hälfte

hieron und im einzelnen weniger als jeder zum Bezug berechtigter nachgeordneter Kriminalbeamte.

Bekanntlich wird ferner, daß die Kriminalbeamten monatlich nur 11 Mark liquidieren sollten. Es seien ihnen für diese Zwecke vielmehr 22 Mark, also mehr als den Beamten im Oberrang, zugewilligt worden.

Die Kontrolle dieser Gelder führt das Rechnungsbüro, nicht der Kriminaldirektor.

Daß die Beamten auf Veranlassung des Kriminaldirektors ein Kontrollbuch über die Verwendung der Bewegungsgelder führen müßten, wird insoweit bestritten, als diese Anordnung auf eine ministerielle Anweisung zurückgeführt wird.

Unrichtig sei es auch, daß die Kriminalbeamten bisher keinerlei Bewegungsgelder erhalten hätten, sie haben im Gegenteil hierfür bisher monatlich 11 Mark als Dienstauswandsentschädigung erhalten, die Beamten im Oberrang dagegen nichts.

Schließlich hätte der Kriminaldirektor in Gruppe X Einkommen von mehr als 7000 Mark monatlich.

Wie wir dazu hören, sind einige Verbesserungen in der Verteilung der Bewegungsgelder gleichzeitig vorgenommen worden. Recht geben können wir dem Präsidenten, wenn er vor einer Herabsetzung der Bezüge auch der mittleren Beamten warnt. Auf deren Kosten wird tatsächlich für die Unterbeamten nichts herauszugeben sein, da die gesamte Kriminalpolizei zurzeit sehr schwach dastand ist.

Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Am Freitag fand die monatliche Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Peiffer und wies darauf hin, wie notwendig es ist, daß der Arbeiter in allen Fällen auch bei der Scheinbar geringfügigen Verteilung diese sofort melde, mindestens aber seinem Vorgesetzten, damit er seine Rechte nicht verliere. Es wurden noch verschiedene Anfragen gestellt, die dann im Schlußwort vom Referenten beantwortet wurden.

Im zweiten Punkt behandelte Kollege Glanz die dringlichen Vereinbarungen zum Reichsmanteltarif für Gemeinde- und Staatsarbeiter. Diese wurden entsprechend der ersten Lesung der Funktionäre durch die Versammlung angenommen. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit den Mängeln bei der Arbeitsvermittlung im Handwerk. Diesem Widerspruch einer gebildeten Vermittlung, weil auf diese Weise die lange arbeitslose Gemeindevorte keine Aussicht auf Einstellung haben, die Betriebe haben auch in sehr vielen Fällen Arbeiter aus der Verdrängung herausgerissen und beim Wagnis eingestellt. Leider mußte auch festgestellt werden, daß manche Arbeiter ihre Betriebsleistungen hierbei unterließen, indem sie dem Arbeitsvermittler Vorwürfe darüber machten, daß er die Nichtarbeitslosen nicht vermitteln wollte.

Zu der Diskussion wurden die Mängel einer scharfen Kritik unterzogen und die Organisation beauftragt, Schritte zur Abhilfe beim Magistrat einzuleiten und ebenfalls die Stadtverordnetenfraktion auf den Plan zu rufen, damit diese Übergriffe der Betriebsleiter und ihrer untergeordneten Organe unterlassen. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde auf die in den letzten Wochen eingetretene Lärmminderung hingewiesen und ein Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbekämpfung angenommen.

Die gewählten Kandidaten wurden einstimmig als Mitglieder der Bezirkskassierstelle gewählt.

Das Breslauer Krematorium.

Zu dieser Frage schreibt heute der Magistrat:

In den letzten Tagen ist in einem Teile der hiesigen Presse die Breslauer Krematoriumsfrage erneut aufgegriffen und dabei auf einen Erlaß des Regierungspräsidenten hingewiesen worden, durch den er die Rentabilitätsberechnung dem Magistrat mit ablegendem Bescheide zurückgegeben haben soll. Diese Darstellung ist irreführend. Von einer Ablehnung der Rentabilitätsberechnung kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil sie dem Regierungspräsidenten bis her noch gar nicht vorgelegt ist. Richtig ist vielmehr, daß der Regierungspräsident, veranlaßt durch Bedenken, die ihm gegenüber aus einzelnen Kreisen der Bevölkerung gegen die finanzielle Grundlage für den Betrieb des Krematoriums geäußert worden sind, den Magistrat zur Beibringung weiterer Unterlagen aufgefordert, im übrigen aber die endgültige Klärung dieser, das heißt der finanziellen Seite der Angelegenheit einem späteren Zeitpunkt vorbehalten hat. Richtig ist ferner, daß der Regierungspräsident in dem Erlaß dem Magistrat auf die Verantwortung einer Anzahl von anderen Fragen erlucht hat, die so oder anders mit dem Bau des Krematoriums zusammenhängen. So verweist er auf die Notwendigkeit, Vorzüge zu treffen, daß neben der Feuerbestattung auch die Bestattung vorübergehender Leichen in der bisherigen Weise stattfinden kann, auf die Schaffung besonderer Räume für gelegentlich erforderliche Leichenöffnungen innerhalb der Feuerbestattungsanlage selbst usw. — Wenn weiter von einer „Wamage des Magistrats“ gesprochen wird, die durch die Tatsache um so peinlicher werde, daß mit den Bauarbeiten bereits begonnen worden sei, ohne die Genehmigung des Regierungspräsidenten abzuwarten, so entbehrt dieser Vorwurf und die daran geknüpften weiteren Erörterungen jeder Grundlage. Mit den Bauarbeiten ist noch nicht begonnen worden. Die Arbeiter sind lediglich ausgeschieden und der Zuschlag ist unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erteilt worden, daß vorerst die Genehmigung der Regierung abgewartet werden müsse. Die von der Friedhofskommission erwählten Arbeiter — Drainage und Anlage einer Zufuhrtstraße — waren längst projektiert und hätten auch ohne den Krematoriumsbau in Angriff genommen werden müssen. Die Kosten sind daher auch nicht aus dem Baukosten des Krematoriums, sondern aus den allgemeinen Staatsmitteln der Friedhofverwaltung gedeckt worden.

Arbeiterkinderfreunde!

Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Helferzusammenkunft statt, zu der jede Gruppe einen Vertreter senden muß. Außerdem müssen alle Arbeitsausgangsmittelführer unbedingt da sein.

Die Bahnfahrt kostet nicht, wie gestern angegeben, 1,10, sondern 1,20 Mark. Die Kinder, die mitfahren wollen, müssen

sich heute unbedingt bei den Gruppenleitern melden. Alle übrigen Bekanntmachungen morgen.

Gruppe Scheitnig. Zum Spielen kommen wir heute gleich auf die Feldenhainwiese. Wir beginnen um 5 1/2 Uhr. Alle Bälle mitbringen.

Gruppe 1, Oberer Tor. Unsere kleinen Fraubinnen und Freunde treffen sich am Donnerstag, 5 Uhr, betriebs Strehlenfahrt, am Volkswinkel.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Banner VII. Zug- und Gruppenführer nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 28. August.

Banner X. Mittwoch. Ausmarsch fällt aus. Freitag, den 29. August, abends 7 Uhr, im Vereinslokal.

\* Die amtliche Steuerverteilungstelle von Oskar Rudolph, Breslau 13, Neudorfstraße 58, hat außer Landesstempelmarken auch den Verkauf von Gerichtsnoten-Marken aufgenommen. \* Silberhochzeit feierte am 24. August das Ehepaar U n r a t h, Hirschstraße 65. Die „Volkswacht“ ist seit vielen Jahren in der Familie. Wir wünschen auch weiterhin viel Glück. \* Die Kreisjugendpflegerin Frau Tander hat ihre Sprechstunden verlegt. Sie hält sie nunmehr Montags in der Zeit von 6 1/2-7 1/2 Uhr abends im städtischen Jugendheim, an der Mathiasgasse 2, ab.

\* Schwarzenbergs humoristische Sänger gastieren ab Sonntag, den 31. August, im Etablissement Oberbanern, Gartenstraße 65. Man beachte das heutige Informat.

\* Schillerisches Landesorchester. Das Programm des heutigen Südpark-Konzerts enthält unter anderem „Jupiter-Symphonie“ von Mozart, „Lauhäuser-Ouvertüre“ von Wagner, 2. ungarische Rhapsodie von Liszt, Vorspiel und Joldens Liebestod aus „Tillan und Aloise“ von Wagner und Ouvertüre zur Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Richard. Leitung: Herr Kapellmeister S. Rehr.

\* Ein großes Garten-Kinderfest veranstaltet der Elternbund der Volkshalle ab, Sonnabend, 30. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Freys Gesellschaftshaus, (Hof & Gärten) Gräblicher Straße 191 bis 193, unter Mitwirkung der Sängervereinigung „Helios“.

\* Freigegeben wurde ein Trogist, der fortgesetzt Befreiungen auf Freizeiten zum Eintritt in ein hiesiges Theater an Privatpersonen, Hotels und Restaurationen mit der Unterschrift „Hans Lange“ ausgegeben hat, ohne dazu berechtigt gewesen zu sein.

Breslauer Produktenbörse vom 26. August.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 26. August 1924 gezeigten Preise in Goldmark (= 100/100 Dollar) ab schließlicher Verladung, Getreide und Mehlarten in vollen Waggons. Tendenz: Getreide: Ruhig. — Hülsenfrüchte etwas gefragt, das übrige ruhig. — Kartoffeln: bei ausreichendem Angebot ruhig. — Rauh: Stroh ruhig, Heu fest. — Mehl: Weizenmehl.

Table with 2 columns: Getreide and Mehlarten. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc. with prices in Goldmark.

Table with 2 columns: Süßenfrüchte (je 100 kg) and Bittererbsen. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc. with prices in Goldmark.

Table with 2 columns: Raufutter and Speise-Kartoffeln. Includes items like R. u. W. Traubpreßh., R. u. W. Weizenpreßh., etc. with prices in Goldmark.

Table with 2 columns: Amliche Notierung für Mählerzeugnisse (je 100 kg) and Weizenmehl. Includes items like Weizenmehl, Roggenmehl, etc. with prices in Goldmark.

Letzte Wetternachrichten.

Table with 6 columns: Datum, Temperatur (heut früh, Maxim., Min., seit 24 Stunden), Wind, Nebel- schlag, Wetter. Shows weather data for various locations like Kriern, Schneefopp, etc.

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Kriern bei Redaktionsschluss.) Von Westen her naht ein neues Störungsgebiet, das uns nach vorübergehender Aufhellung und Erwärmung von neuem Niederschläge und Abkühlung bringen wird.

Wasserstand

Table with 2 columns: Station and Wasserstand. Shows water levels for various stations like Kattow, Krappitz, etc. on 27. August 1924.

Vorteilgenossen und Genossinnen! Cure Familien-Anzeigen gehören auch in die „Volkswacht“!

Raucht die große Livadia Zigarette 3 Pfg. Überall erhältlich







# Unterhaltung

## Ein denkwürdiger Tag.

Von Renato Zucini.

Autorisierte Uebersetzung von J. Hann

Auf der Tagesordnung waren auch folgende drei Vorträge: Eine Vergütung von fünfzig Franken an den Arzt für seine außergewöhnlichen Dienstleistungen in der Cholerazeit zu gewähren; dem Fuhrmann des Fährthauses, Ferdinando, umsonst die Milch für seine Familie zu liefern und der Gesellschaft von Santo Stefano hundert Franken für das Feuerwerk am Samstag des Heiligen anzugeben. Die Gesellschaft von Santo Stefano kam zu ihrer Sache, aber der Arzt und Mando konnten leer abgehen.

Diese Entscheidung des Gemeinderats gefiel war nicht allen, aber wie es so geht, am folgenden Tage sprach man nicht mehr davon. Wer sich geirrt, konnte seinen Zorn hinunterzuschlucken, wer gute Gründe gehabt, hatte sie schon angebracht, und alle schauten nur verächtlich den Arzt an, der auf diesen Entschluß hin ein deutliches „Kauaika!“ vor sich hinbrummte. Hinter seinem Fenster stand Mando mit drohender Faust, als der hohe Rat das Rathaus verließ. Alle wiederholten die Anzeichen des Herrn Bürgermeisters, eines ehemaligen Ochshändlers, der aber in allen Dingen zuerst Kaufmann war. Er ließ nur Andeutungen fallen, wie sonderbar es war, daß alle Kranken, die ein gewisses Mittel genommen, gestorben seien, und dann erwiderte er sich plötzlich und schimpfte über die Ärzte. Die armen Leute haben sich auch gut zu bekümmern, warum legen sie so viele Hungerleider in die Welt, wie dieser Mando, das sind die reinen Kaninchen. So sprach er da und dort, im Mai selbst hatte er mit deutlichen Zahlen bewiesen, daß man sich durchaus keine außergewöhnlichen Aussagen erlauben dürfe, es wäre ein schreckliches Verbrechen, den Steuerzahlern, die geradezu überfordert in Anspruch genommen würden, auch nur noch einen Centesimo mehr abzunehmen.

Diese letzte Bemerkung wurde namentlich äußerst richtig gefunden und es waren nur die gewöhnlichen vier oder fünf Schreier, die weiter brummten. Der Arzt suchte an diesem Tag eifrig in der Zeitung nach einer vakanten Stelle, und Mando machte mit einem Bohren aus, daß er ihm im März ja und ja viele hundert Dinger fischen werde, wenn dieser ihm bis dahin für das Kleinste Milch liefere.

So war ja alles in Ordnung und man dachte nur noch an die kommenden Feste und strichelte sich vor der Kälte. Kein Mensch war auf der Straße zu sehen, alle vertraben sich in die Häuser und Wirtschaften, denn die ältesten Leute erinnerten sich nicht, solch eine Kälte erlebt zu haben. Diese Eintönigkeit wurde nun eines Tages unterbrochen. Am äußersten Ende der Straße erscheint, küßig vorwärts wandernd, ein Dreieck: ein Mann, eine Frau und ein junger Bursche. Er (später erfuhr man, daß er Herr Fabio hieß) schlief, dürr, lang, mit hochgehobenem Kopf, der mit einem Strohhut bedeckt ist, ein abgerissenes Handtuch um die Hüften, ist in ganz helle Leinwand gekleidet, die nach allen Seiten geweht wird. Rechts geht sein Sohn Clementino, ebenfalls eine Art Soppentange, ebenfalls ganz leicht angezogen, er ist ganz grün im Gesicht vor Frieren, die Augen sind eingesunken und matt. Mitten drin wandelt die dicke Frau Mathilde, an einem Fuß trägt sie einen Stiefel, am anderen einen Schlaraffenstiefel, und so hinkt sie immer einen Schritt hinter den beiden Männern her. Ihre schwammige Verfaßtheit ist in einen zerfetzten Schawl gehüllt, unter welchem bis zu den gelben Strümpfen ein fottiger Rock hervorragt.

Man konnte trotz des elenden Aussehens das Leben kaum zurückhalten. Doch die drei waren heidenvergärt, sie kamen daher, als hätten sie überhaupt nie solch eine Hitze erlebt, wie eben jetzt. Auf dem großen Platz hielten sie einen Augenblick an, schauten sich um und traten dann in ein Kaffeehaus. Einzelne Müßiggänger folgten ihnen bald unter dem jenseitigen Vorwand, um sie näher zu sehen, und auch ich konnte der Verlockung nicht widerstehen. Ich kam eben dazu, wie Herr Fabio den Kellner anfuhr, daß keine Butter zu haben sei.

„Das ist ein Hundeland, die reinste Barbarei!“ rief er mühsam.

„Ihm selbst wäre es schließlich gleichgültig gewesen, aber Madame war so sehr an ihre Frühstücksbutter gewöhnt, sie konnte einfach nicht ohne dieselbe sein. Und er schlug auf den Tisch, als wollte er ihn entzwei brechen.“

„Ja, habe Magenleiden, verstehen Sie?“ sagte lächelnd Frau Mathilde zu dem Kellner mit der tiefsten Bassstimme.

„Ja, was kann ich tun, meine Herrschaften?“ bemerkte Gianni, mich ansehend. „Wenn Sie Kaffee wollen, das habe ich schon. Auch sind Bratzen und Wurst zu da. Wünschen Sie Punsch oder ein Gläschen Likör? Wir haben alle feineren Sorten.“

„Könnten wir ein Beefsteak oder Braten bekommen?“ fuhr Herr Fabio fort.

„Nicht, nein, wirklich nicht, bis Sonnabend schlachtet man im Städtchen nicht mehr und übrigens sind hier keine Speisen zu haben.“

„Gute frische Eier auch nicht?“

„Nein, nein, Fabio, du weißt ja, die sind mir viel zu hitzig“, brummte liebevoll Frau Mathilde.

„Kellner!“

„Zu Beisehl!“

„Ein Gläschen Gemischtes, Brantwein und Rum!“

„Zu fünf oder zehn Centesimi?“

„Zu fünf!“

Dann fing er mit uns zu sprechen an. Er grüßte jeden einzeln, wollte unsere Namen und Adressen wissen, war entzückt über die Schönheit der Umgebung, erkundigte sich nach der Landwirtschaft, der Industrie und nach den Bevölkerungsverhältnissen unserer Gegend. Hierauf erzählte er seine Geschichte. Sie gingen nach der Romagna, um dort auf ihren Besitzungen selbst nachzusehen; in einer Wirtschaft hatte man ihnen das Geld und die Kleider gestohlen, sie reisten zum Vergnügen zu Fuß und fragten, ob wenigstens ein Theater im Ort sei, damit man den Abend rotzschlagen könne. Wenn es keines gebe, so gingen sie gleich weiter.

Unterdessen hatte Madame ein Stück Brot aus der Tasche gezogen und gab die Hälfte davon Clementino, indem sie verlangend nach dem Glas des Gemischtes schaute. Sie waren alle drei erlöst und stellten sich beständig unter dem Tisch ihr einziges Taschentuch zu. Hier und da ergrüßte sich Clementino die Unbequemlichkeit des Herüberreichens, indem er sich eines Schamstreichs seiner Mutter bediente.

Nach dem sogenannten Frühstück hat Fabio uns um eine Zigarre, weil er unglücklichweise den Schlüssel zum Handkoffer verloren. Es wurde ihm eine solche gegeben und er schnitt sie entzwei, — eine ganze zog nicht gut genug — dann fing er ganz behaglich zu rauchen an und verlangte von Gianni ein Kartenspiel. „Suche mir die Pique Sieben!“

Gianni suchte und suchte und fand diese Sieben nicht. „Ah, Spitzbube, du gibst mir ein unvollständiges Kartenspiel.“ Da sehen Sie, wohin der Schelm die Karte verpackt! —

Und er gab ihm einen Stoß, so daß ihm die Kappe abfiel und datinnen fand sich die Karte.

Alle lachten und Gianni war ganz bestrizt; man drängte sich näher um den Tisch und fragte ihn, wie er das fertig gebracht, und erlaubte ihm um andere Kunststücke.

Herr Fabio ließ sich nicht lange bitten. Aus einem Brotkrumen machte er sechs, er zog seinem Sohn einen Zahn aus, ließ ein Messer verschwinden und einen Wölfling, die sich in der Tasche des Tabakhändlers Bandoni wiederfanden, er verschlang fünfzig Pfund und spie Feuer, zog sich Bänder aus dem Mund und schließlich entfernte er einen Korkstopf aus der Nase von Madame, die sitzend eingeschlafen war und schnarchte wie ein Brummbär.

Von allen Seiten strömten die Leute herbei, die Bewunderer des Künstlers waren auf die Bänke und die Tische gestiegen zum großen Mergel von Gianni, der fürchtete, daß etwas demoliert werde.

„Still, seht Ihr nicht, er lecht!“

Herr Fabio las bei gespanntester Aufmerksamkeit der Zuhörer einzelne Abschnitte aus einem Wunderbuch, das von ihm verfaßt war. Er reinigte alle Kleider der Umstehenden mit einer Flüssigkeit, die er in der Tasche hatte, und machte sämtliche Wölfling und Gabeln von Gianni wieder silberglänzend mit einem Pulver, das er mit sich führte.

Die erstaunten Mäde, das halb ungläubige Kopfschütteln bewiesen nur Genüge, daß es auf der Welt keinen Zweiten gab, der solche Wunder verrichten konnte. Man hatte auch schon derartige Dinge gesehen, aber dieses war einfach einzig.

Nach und nach waren auch einige große Häuser im Laden erschienen, die Bekleidungsbegehungen wurden immer hitziger und das Verlangen nach mehr immer lebhafter. Herr Fabio hatte sich schon ganz heiser gesprochen, man ließ ihm, seiner Frau und Clementino je ein Gläschen Brantwein mit Rum vorsetzen; Madame zog aber vor, Rum allein zu trinken, der Brantwein war ihr zu hitzig. Jetzt konnte Herr Fabio sich nicht mehr losmachen. Die schönsten Kunststücke wurden wiederholt, der Applaus, die Bewunderung, die Bewunderung erreichten einen solchen Grad, daß mittags um 12 Uhr Herr Fabio, Frau Mathilde und Clementino als hochgeschätzte Gäste am Tisch des Bürgermeisters saßen.

Sie aßen wie Wölfling, auch hitzige Dinge. Aber nach dem Essen fühlten sich Clementino und seine Frau Mama unwohl. Sie hatten eine ihrer gewöhnlichen Indispositionen, und Clementino schielte sich schwindelig, was, wie Herr Fabio versicherte, jeßmal geschah, wenn er mehr als die alltäglichen drei Gänge aß. Der Professor dagegen war das reine Quellfließen. Er hatte keinen Hunger mehr in der Tasche und mußte sich alles diesen Abend verdienen; es gelang ihm, ohne daß er sich stark anzustrengen brauchte.

„Sie mühen sich mit einem Gefallen tun, Herr Professor“, sagte der Bürgermeister zu ihm und nahm ihn auf die Seite.

„Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung.“

„Sagen Sie, bitte, nicht nein.“

„Ich wiederhole, Herr Ritter, befehlen Sie nur.“

„Aho hören Sie. Der Herr Präsident hat seit drei Jahren eine frante Schwelger. Sie hat ein Geschwür im Unterleib. Von allen Seiten sind Professoren gekommen, die haben nichts herausgebracht. Sagen Sie ja gut, sie zu besuchen, Sie sollen's nicht umsonst tun.“

„Aho, sprechen Sie doch nicht davon.“

„Nehmen Sie's nicht übel, aber das Verdienst muß gehörig gewürdigt werden und ich weiß aus Erfahrung, daß, wenn man etwas erreichen will, die bloße Wissenschaft nicht genügt, sondern daß man auch ordentlich Geld braucht.“

„Ja, Herr Girolamo“, antwortete der Professor. „Sie haben, ohne es zu wollen, meinen schwachen Punkt getroffen. Dem Nächsten helfen, so viel in meinen Kräften steht, das ist der Wahlspruch auf meiner Fahne. Und jetzt, bevor wir zum Herrn Präsidenten gehen, erlaube ich Sie um eine Gefälligkeit. Um den Tag gut anzuwenden und einige Konsultationen zu geben, brauche ich ein Zimmer.“

„Sie können das Sitzungszimmer haben, ich lasse gleich die Schlüssel holen.“

„Danke sehr. Heute Abend möchte ich gern die guten Leute hier und die vornehmen Herrschaften ein wenig unterhalten.“

„Wollen Sie den großen Saal? Natürlich, versteht sich. Es ist alles in Ordnung. Jetzt gehen wir aber.“

Sie erkundigten sich nach Frau Mathilde, die sich besser befand, und nach Clementino, der draußen Luft schöpfte, und begaben sich dann zum Präsidenten.

Vor Nacht hatte der Professor schon die halbe Bevölkerung gerufen, er verkaufte über hundert Gläschen von seinem Fiedlerwasser, ebenso viele Päckchen Puchpulver, etwa fünfzig Exemplare seines Wunderbuchs zum beschriebenen Preis von einem Franken oder einem halben, dazu gab Frau Mathilde noch jedem ein Lotterieticket gratis, der sich etwas kaufte oder einen Zahn reißen ließ.

Als er ein Geschwür herauszuschneiden wollte, verlegte er einem Bauern eine Arterie derart, daß der gutmütige Arzt sofort zu Hilfe kommen mußte, um sie zu verbinden; später gingen alle zum Präsidenten, der Herr Professor und Frau Mathilde waren von hinreichender Lustigkeit, und höchst vergnügt ging man zum Bürgermeister, wo die Vorstellung stattfinden sollte.

Und es war wirklich ein denkwürdiger Abend für den Herrn Bürgermeister und seine Familie, ja für das ganze Städtchen. Zuerst Kunststücke, in denen der Professor einfach unübertrefflich war. Dann wurden Erfrischungen herumgereicht und Geld eingekassiert zugunsten des Herrn Fabio; er sagte, daß dies für seine ärmsten Bauern gesammelt sei. Hierauf folgten Spiele und Clementino glänzte durch die Gewandtheit, mit der er alles ausübte. Trotz ihrer Erlöstung sang Frau Mathilde: „Addio, mia bella, addio“ mit so viel Ausdruck, daß alle weinten. Zum Schluß wurde gekürzt und Herr Fabio spielte Klavier, wie überhaupt noch niemand gespielt.

Kurz, es dauerte bis ein Uhr nachts und niemand wollte glauben, daß es mehr als zehn Uhr sei.

„D wie ich, daß die Herrschaften so bald fortgehen müssen“, sagte Herr Girolamo, als er zu Bett ging. Das ist wirklich eine Familie, die sich hier niederlassen sollte. Welch ein prächtiger Mann! Dieser Kopf! Hast du gehört, Carlotta, er nannte mich zwei- oder dreimal Ritter? Wer weiß, ob nicht etwas in der Luft liegt, er hat ja so gute Freunde in Rom!“

„Frage ihn morgen“, bemerkte seine Frau.

„Ja, ja, das will ich tun, es muß etwas dahinter stecken. Hast du ihnen auch die guten Betten gegeben?“

Es erhob sich ein Triumphgeschrei, beinahe wäre Frau Mathilde unter die Brücke gefallen, Clementino näherte behaglich und der Professor schluderte die leere Weinflasche in die Luft und rief: „Tod dem Feind!“

Ganz genau zur selben Stunde studierte der Arzt wieder die Zeitung, um eine freie Stelle zu finden, und Mando betag den Hunger, indem er sein Kleinste auf den Armen wiegte, das ihm entgegenlachte.

## Der Fluch im Leben des Arbeiters.

Von Henry W. Revinson (London).

Als ich an einem sonnigen Tag im letzten Herbst am Armenhaus von St. Joes in Huntington vorüberritt, sah ich auf hölzernen Bänken, im Angesicht ihres Gesängnisses und eingeschlossen von seiner Wandmauer, etwa fünfzig oder mehr Männer sitzen. Große, starke Gestalten, die meisten jung oder in mittlerem Alter, in anständiger Haltung, viele von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehende Menschen. Sie saßen dort nahe beieinander, aber in einer Art von Bescheidenheit, vor allem in einem Schweigen, das auffallend wirkte. Im Schweigen, denn — was sollten sie sagen? „Nings umher liegt eine Erde, ruhend: Komm, gerade mich um, komm — ernte von mir. Und wir — sitzen hier verurteilt.“ In den Augen und auf den Sitzen dieser Männer lag ein düsterer Ausdruck, nicht von Mergel, sondern von Kummer und Scham, von mannigfaltigem, unaussprechlichem Elend und Müdigkeit. Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an! Wir sitzen hier gefesselt — wir wissen nicht, warum. Die Sonne scheint, die Erde ruht — und die herrschenden Mächte und Unmächte verbieten uns, zu gehorchen. Sie laßen uns es so unmöglich.“ — In all dem lag etwas, was mich an Dantes Hölle erinnerte, und ich ritt schnell weiter.“

So schrieb Carlyle vor 30 Jahren in der Zeit einer Wirtschaftskrise. Ich kann mir keine schrecklichere und keine zutreffendere Beschreibung der „Arbeitslosen“ vorstellen. Alles wird uns gezeigt: die Bekämpfung, das Schweigen, die Dürre, der Kummer, die Scham, die unaussprechliche Qual und Müdigkeit, die gefesselte Schmach — als ob die Weibchen unter einem Hottentott händeln! Und doch sind es Männer von anständiger Haltung, einige von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehend — die umloht die Mächte und Unmächte dieses Landes anzusehen. Durchforstet Statistiken bis an euer Lebensende, taucht unter in astronomische Höhen der Arbeitslosigkeit, kauft Zahlenkolonnen auf nach Beschäftigungsarten und Dürre, errechnet die Prozentzahl bis zum letzten Knochen und Mädchen — nie werdet ihr ein treffenderes und erschütterndes Bild der Arbeitslosen gewinnen als dieses! „Eine Art von Urkaub.“ „O, aber“, meint der gute alte Volkswirtschaftler, „Carlyle schrieb in einer Zeit der Umstellung der Produktion, und in solchen Zeiten muß naturgemäß eine Anzahl von „Händen“ von der Arbeit ausgegliedert werden. Aber diese werden sehr bald in anderen einträglichen Beschäftigungsweisen aufgenommen und so steigt Arbeitslosigkeit immer zum Schwinden.“ Ich habe diesen wissenschaftlichen Prozeß einmal verfolgt, als einige Eisenwerke in Süd-Staatsforshire geschlossen wurden. Einige der „Hände“ wurden von einer Zrenantität der Grafschaft „aufgenommen“, andere vom Armenhaus, andere wieder vom Friedhof; der Rest hand auf der Brücke über dem Kanal, starrte auf die alten Arbeitsstätten und spulte ins Wasser. Nicht die Arbeitslosigkeit neigte zum Schwinden, sondern der Arbeitslose neigte zum Untergang.

Als einer der oft genug kennen lernte, was Arbeitslosigkeit bedeutet, der oft genug voll Angst gewesen ist, kann ich wohl sagen, daß die Furcht eine der schlimmsten Prüfungen für den Menschen ist. Furcht und ihre Schwester — Unsicherheit. Immer voll Angst sein um die nächste Zukunft, immer im Zweifel leben, was jetzt wieder geschehen wird, immer unsicher sein, was man tun, wohin man sich wenden soll, das ist eine Qual, mit der verglichen die Martens der Inquisition sanft waren! Aber es gibt noch schlimmere Plagen, die der Arbeitslose erdulden muß. Wenn wir nochmals den Sak Carlles: Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an!“ Er las in düsteren Ausdruck dieser Arbeitslosen keinen Mergel — aber Kummer und Scham. Es ist die Scham, die am tiefsten leidet, und aus ihr entsteht Verwahrlosung und Verlust der Selbstachtung.

Der Wunsch nach Arbeit, nach „irgend etwas zu tun“, wurzelt tief in jeder Menschennatur. Ein Arbeitsloser, der sie von der Werkstätte fortgeschickt, sagte einst zu mir: „Meine Hände schmerzen nach Arbeit! Sie schmerzen wie die Brüste einer Frau, wenn sie einen Säugling vor Hunger lächeln hört!“ Was ist das für ein Ansturm, wenn wir die Unwissenden in ihrer überhebenden und spöttischen Art reden hören: „Aho, die Arbeitslosen! Sie werden nie aufhören, arbeitslos zu sein, so lange sie in Faulheit von ihrer Rente leben können.“ Ich glaube nicht, daß auch nur 5 Prozent der Arbeitslosen es vorziehen, in Untätigkeit von einer Rente weiter zu leben. Sieh dir nur den Mann an, der außer Arbeit war und während einiger Wochen „hummelte“ und darum kämpfte, sich und die Seinen von der Rente durchzubringen. Wir werden an ihm dieselben Zeichen der Verzweiflung finden, wie Carlyle bei der Arbeitslosen von St. Joes, dieselbe Stumpfheit und daselbe Schweigen, derselbe düstere Ausdruck von Kummer und Scham und Müdigkeit, derselbe Blick, der zu sagen scheint: „Sieh mich nicht an!“ Und dieser Verfall von Geist und Charakter ist mit körperlichem Verfall verknüpft, so daß, wenn endlich Arbeit für ihn kommt, er sie kaum übernehmen kann. Nach wenigen Minuten muß er aussetzen, er kämpft um Luft und kann nicht weiter.

In der Arbeit selbst, ganz abgesehen von Lebensunterhalt und Unabhängigkeit, was liegt in ihr für eine Befriedigung, für eine reine geistige Gesundheit! Vor meinem Fenster baut eine Arbeitertruppe an einem neuen Haus. Wenn sie den Boden für das Fundament aufgraben, sind sie wie Kinder, die Schüsseln und Gräber im Sand machen — in meinem langen Leben kannte ich keine größere Freude. Sie legen die Ziegel aneinander, sie behauen und legen die Balken, wie Kinder, die ein Puppenhäuschen für eine Königin bauen. Sie klettern auf die Dächer, an Giebelwänden, die unter kühnen Bergsteiger zittern machten. Sie klettern ohne Eisenart oder Seile oder irgend einen Stützpunkt für den Fuß, außer den schmalen Rippen zwischen dem Mauerwerk, und tragen beim Steigen auf Kopf oder Schultern schwere Lasten von Ziegeln. Wenn der Steigende den höchsten Punkt erreicht, wirft ihm ein anderer, der gleichfalls an gefährlicher Stelle unter ihm sitzt, Steine oder Ziegel zu, die er in einer leichten und unbedenklichen Art auffängt, ohne Befall zu erwarten, trotzdem dieses Auffangen als übertriebt, was je ein Graf verurteilte. — Der hast du Arbeiter gesehen, wie sie sich rotzschlagende Netze auswerfen und aufhängen ritt ihren Eisenzangen, während sie auf heißen Eisengerüsten sitzen? Nichts, was unsere Fußballer und Sportleute leisten, kommt dem an Geschicklichkeit und Gefahr gleich, und wenn Sie wissen wollen, was Arbeit bedeutet, rate ich Ihnen, es zu versuchen. Nicht alle Arbeit ist so interessant, so gefährlich, so spannend wie diese, das weiß ich natürlich. Aber alles, was ich sagen will, ist, daß im Vergleich zu der langweiligsten, stumpf-nützlichsten, einformigsten Arbeit Arbeitslosigkeit wie ein Stück aus Dantes Hölle ist, und daß Kritiker, die behaupten, der Arbeiter läge in der Arbeit vor, die Fremden verurteilen.

(Uebersetzung aus dem englischen Arbeiterblatt „New Leader“.)

\*) In den italienischen Kaffeehäusern werden durchaus keine Speisen verabreicht.



# Die freie Gewerkschaft

## Beilage für Gewerkschaften und Betriebsräte

### Der Lohnraub in Deutschland.

Die deutschen Unternehmer wettern täglich gegen die angeblich zu hohen Löhne, die es der deutschen Wirtschaft unmöglich machen sollen, wieder in erträgliche Konkurrenzverhältnisse mit dem Ausland zu kommen. Deshalb sind sie sogar zu Auspöhlungen, Betriebsstillegungen und sonstigen Kampfmaßnahmen gedrungen, um eine weitere Herabsetzung der ohnehin durchwegs unzulänglichen Löhne zu erzwingen. Die Unhaltbarkeit dieser Argumentation tritt drallich hervor, wenn wir einen Vergleich zwischen den Löhnen der Hauptkonkurrenzländer ziehen. Die nachstehende Aufstellung gibt ein Bild von der Kaufkraft der Löhne in Amerika, England, Belgien, Österreich und der Tschechoslowakei. Die Grundlage der Vergleichung bildet der englische Lohn. Er ist daher mit 100 angesetzt. Hier die Vergleichszahlen:

Gewerbe	Gelehrte Arbeiter:					
	England	Deutschland	Belgien	Amerika	Österreich	Tschechoslowakei
Maurer	100	52	58	264	69	47
Ziegelsetzer	100	52	58	264	—	47
Schreiner	100	52	63	197	76	49
Zimmerer	100	65	64	197	—	43
Klempner	100	56	55	210	—	—
Maler	100	61	52	180	93	51
Ungelernte Arbeiter:						
Hilfsarbeiter	100	64	49	140	74	51
Maschinenbau						
Gelehrte Arbeiter:						
Monteur	100	41	71	203	111	49
Eisenarbeiter	100	—	71	199	98	—
Modellierer	100	41	96	220	117	48
Dreher	100	44	73	293	91	52
Ungelernte Arbeiter:						
Hilfsarbeiter	100	49	74	190	89	48
Möbelwerkerei						
Gelehrte Arbeiter:						
Kunsttischler	100	78	61	138	74	38
Buchdruck						
Gelehrte Arbeiter:						
Handsetzer	100	43	56	181	—	36
Maschinensetzer	100	43	55	167	79	39
Buchbinder	100	44	61	194	71	34
Durchschnitt 1.5.24:	100	53	62	196	87	45

Hieraus ergibt sich, daß die Löhne in Amerika durchwegs nie bis mehr als 1/3 so hoch als in Deutschland stehen, in England im großen Ganzen die doppelte Kaufkraft gegenüber den in Deutschland gezahlten Löhnen aufweisen. Die Löhne in der kleinen Tschechoslowakei stehen um 50 bis 100 Prozent höher als bei uns. Auch in Polen, von dem uns genaue Vergleichszahlen für obige Tabellen nicht zur Verfügung stehen, erheben sie sich weit über die deutschen. Die Vergleichszahlen für Maurer 94, Monteur 138, in Holland und Schweden erhebt sich die Vergleichszahl auf annähernd die doppelte Höhe als in Deutschland, nämlich auf 90. In Norwegen steht die Kaufkraft auf etwa 78. Für Polen ist allerdings zu berücksichtigen, daß dort die Unternehmer jetzt einen großen Kampf beginnen, um die Löhne auf das niedrige Niveau der deutschen hinabzuzwingen. Dieses Bestreben ist auch die Ursache des mit großer Heftigkeit entbrannten Kampfes der Bergarbeiter in Oberschlesien. Die deutschen Unternehmer warten ab, wie die Kämpfe in Polen ausfallen. Ober-schlesische Großindustrielle haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie, wenn in Polen die Senkung der Löhne auf das Niveau der deutschen gelingen würde, ihrerseits einen neuen Kampf entzünden würden, um die deutschen Löhne auf eine noch tiefere Stufe zu bringen. Sie können allerdings leicht dabei ansetzen. Die Arbeiter in Deutschland werden, wenn erst wieder normale Wirtschaftsverhältnisse zurückgekehrt und die löhnendrückende Wucht der ins rielhafte gestiegenen Arbeitslosigkeit überwunden ist, sich eine bessere Position zu erkämpfen wissen.

### Werkseurlaubung.

In der Periode der Kapitalknappheit ist es nicht selten, daß die Unternehmer durch Werkseurlaubung versuchen, die Stilllegungsverordnung zu umgehen. Nachstehender Bescheid des Reichsarbeitsministers dürfte für die Betriebsvertretungen sehr beachtenswert sein.

#### Werkseurlaubung der Arbeitnehmer statt Entlassung (Werkseurlaubung).

Die sogenannte Werkseurlaubung kann meines Erachtens nicht einseitig vom Arbeitgeber ausgesprochen werden. Wenn der Arbeitnehmer nicht einverstanden ist, kann der Arbeitgeber nur kündigen. Diese Kündigung ist hinsichtlich der Einhaltung der Kündigungsfrist, der Beachtung der Stilllegungsverordnung und des Betriebsratsgesetzes nicht anders zu beurteilen wie jede andere Kündigung auch. Die Werkseurlaubung kann, da sie eine Kündigung des Arbeitsvertrages darstellt, nur durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung (Arbeitsordnung) oder Einzelvertrag vereinbart werden. Ob dabei eine der Kündigungsfrist entsprechende Frist eingehalten werden muß, muß durch die Vereinbarung festgestellt werden. Der Inhalt der ausdrücklichen oder stillschweigenden

den Vereinbarung wird in der Regel der sein, daß der Arbeitsvertrag aufrechterhalten wird, der Arbeitnehmer bis auf weiteres nicht zur Arbeit verpflichtet ist, daß der Arbeitgeber von der Pflicht zur Lohnzahlung erlassen wird, sich aber verpflichtet, bei der Wiederaufnahme der Arbeit die Werkseurlaubung vor betriebsfremden Arbeitnehmern wieder zu bekräftigen, soweit nicht ausnahmsweise, z. B. wegen Aufstellung neuerer Maschinen, die Einstellung betriebsfremder Arbeitnehmer erforderlich wird. Einer behördlichen Zustimmung bedarf es nach den Vorschriften der Stilllegungsverordnung bedarf es zur Werkseurlaubung nicht, wohl aber zur endgültigen Entlassung dieser beurlaubten Arbeitnehmer, die auch im übrigen wie die Entlassung der nichtbeurlaubten Arbeitnehmer zu beurteilen ist. Es muß allerdings die Gewähr gegeben sein, daß durch die Beurlaubung keine Umgehung der Stilllegungsverordnung erfolgt. (Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 17. Juni 1924, X 447 24.)

### Ein Erfolg der Unorganisierten.

Im Essener Bezirk sind die Erwerbslosenbetriebe in der Entlohnung sehr schlecht gestellt. Lohnverhandlungen scheiterten. Der Schlichter wird angerufen. In ihn rufen darauf die Arbeitgeber ein Schreiben, in dem sie mitteilen, daß sie wohl zu den am nächsten Verhandlungen erscheinen würden, aber schon im voraus darauf aufmerksam machen, daß ihnen das Vertretungsrecht der Gewerkschaften nicht mehr zugehen ercheint, da die Mehrzahl der Arbeiter ihrer Betriebe unorganisiert sei.

Leider ist die Tatsache vorhanden, daß die Mehrzahl der Arbeiter dieser Betriebe wütend und indifferent ist, demnach muß die Gewerkschaft als Vertretung auscheiden und die Löhne werden einseitig von den Arbeitgebern festgesetzt, wobei die Unternehmer sehr auf Kosten der Arbeiter fahren. Der größte Feind ist sich der Arbeiter selbst.

### Nicht für deutsche Unternehmer.

Zu einer Schrift des Internationalen Arbeitsamtes werden folgende „Goldene Regeln“ mitgeteilt, die ein amerikanischer Unternehmerverband seinen Mitgliedern zur Beachtung empfiehlt:

1. Verneue die „Goldenen Regeln“ in allem Verkehr mit deinen Arbeitern.
2. Erhalte tüchtige Arbeiter durch anständige Mittel dem Gewerbe.
3. Du hast die Pflicht, in guten und schlechten Zeiten Lohnsineo heranzubehalten, damit die Maschinen nach gelerntem Kräfte betriebsfähig werden kann.
4. Die Lohnsätze sollen auf der Grundlage des Höchstmaßes festgesetzt werden, das du zahlen kannst, um deinem Wettbewerb begegnen zu können. Der Lohn soll ausreichen, nicht nur, um den Lebensunterhalt zu gewähren, sondern auch, um einen Ueberflus zu gewähren für Schulung, Fortbildung und Fortschritt.
5. Schaffe Arbeitsbedingungen und eine Umgebung, die der Gesundheit und dem Glück deiner Arbeiter dienlich sind.
6. Es ist deine Pflicht, zu versuchen, den Standpunkt und die Fragen, die deine Arbeiter einreichen oder beschäftigen, zu verstehen und ihnen die wirtschaftlichen Grundzüge klarzumachen, nach denen wir unsere Entscheidungen und Handlungen einrichten.
7. Es ist deine Pflicht, die Arbeit so einzuteilen, daß das Personal dauernd beschäftigt werden kann und Ueberstunden möglichst vermieden werden.
8. Arbeitsort und Schichteneinrichtungen sind für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Industrie selbst notwendig. Beachte diese „Goldenen Regeln“ deutschen Unternehmern zur Beachtung empfehlen möchte, könnte als einer betrachtet werden, der ähnlich Jahre zu früh auf die Welt gekommen ist.

### Arbeitsrechtliche Rundschau.

Veriesszeitraum 1. bis 31. Juli.

#### A. Gesetzgebung.

Die arbeitsrechtliche Gesetzgebung war im abgelaufenen Veriessmonate sehr spärlich.

I. Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge: Die Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich an die Voraussetzung geknüpft, daß der Erwerbslose in den letzten zwölf Monaten vor Beginn der Bedürftigkeit mindestens drei Monate hindurch eine kraftverpflichtungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hat. In diese Zeit nun zwölf Monaten ist die Zeitdauer einer Umerschulung oder Strafbau nicht einzurechnen (WD. v. 4. Juli 1924, RGBl. I, S. 663).

II. Arbeitszeitregelungen: Eine WD. über Bestimmungen des auch für arbeitsrechtliche Streitigkeiten in Betracht kommenden Veriessens vor den arbeitsrechtlichen Gerichten v. 27. Juni 1924 (RGBl. I, S. 660) bestimmt, daß die Höhe der zu zahlenden Geldsumme auch in Goldmark und nach den für eine werksmäßige Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld zugelassenen Maßstäben ausgedrückt werden kann.

III. Arbeitszeitrecht: Zu den Arbeitszeitbestimmungen, die für Krankenpflegeanstalten gelten, ist eine sachliche Ausführungsverordnung ergangen (Reichsarbeitsbl. 24, S. 293), die darüber Vorschriften enthält, welche Anstalten zu den

gemeinnützigen gehören und wem die Aufsicht über die Durchführung der Bestimmungen obliegt.

IV. Arbeitsverfassung: Die Geltungsbauer der Verordnung v. 10. 1. 24 (RGBl. I, S. 36) über die Entschädigung der Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der auch für die arbeitsrechtliche Gesetzgebung bedeutsam ist, wurde durch Verordnung v. 28. Juni 1924 (RGBl. I, S. 156) bis Ende September 1924 verlängert.

V. Sozialversicherung: Die Grundzüge über das Maß, die Art und die Voraussetzungen der Fürsorgeleistungen, die neben den Leistungen der Sozialversicherung den Sozialrentnern zu gewähren sind, galten zunächst (WD. v. 27. März 1924, RGBl. I, S. 279) bis zum 1. Juli 1924. Es handelt sich um die Waisenfürsorge und um die Kostenträgermaßnahmen für Rentempfangler der Invaliden- und Unfallversicherung. Die Geltungsbauer dieser Grundzüge ist jetzt (WD. v. 26. Juni 1924) bis zum 1. November 1924 verlängert. Sie entsprechen im allgemeinen den bisherigen Vorschriften.

#### B. Rechtsprechung und Verwaltungspraxis.

I. Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge: Gewährleistung von Erwerbslosenfürsorge kann nicht erfolgen, wenn der Erwerbslose bei ausländischen Krankenfällen pflichtverpflichtet war (Reichsarbeitsbl. 24, S. 299). Bei mindestens einjährigen Arbeitsverträgen besteht Vertragsfreiheit der Lehrlinge und Lehrherrn für Erwerbslosenfürsorge (Reichsarbeitsbl. 24, S. 269). Auszahlung von Familienzuschlägen auf Grund der Erwerbslosenfürsorge kann an dritte Personen und an Anstalten erfolgen, wenn die zahlungsberechtigten Personen sich in ihrer Obhut befinden (Reichsarbeitsbl. 24, S. 269).

II. Arbeitsvertrag: Die sogenannte Werkseurlaubung, d. h. der Urlaub unter Entschädigungsbeziehung anstatt der Entlassung, kann nicht einseitig vom Arbeitgeber ausgesprochen werden. Wenn der Arbeitnehmer nicht damit einverstanden ist, kann der Arbeitgeber nur unter Beachtung der Kündigungsfrist, der Stilllegungsverordnung und des Betriebsratsgesetzes kündigen. Ist er einverstanden, so bedarf es nicht einer behördlichen Zustimmung gemäß der Stilllegungsverordnung (Reichsarbeitsbl. 24, S. 260). Nach dem Reichsarbeitsvertrag für das Berggewerbe kann ein Mitglied des Betriebsrats delegiert an Ausschüsse nicht ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entsandt werden (Gewerbegericht Königsberg im Gewerbe- und Kaufmannsgericht 24, S. 234).

III. Arbeitsverfassung: Eine Betriebsratswahl ist unzulässig, wenn der Wahlvorstand eine verpöcht eingetragene Vorzugsliste noch zugelassen hat (Gewerbegericht Weihen im Gewerbe- und Kaufmannsgericht 24, S. 235).

IV. Arbeitszeitrecht: Eine Verlängerung der Arbeitszeit zum Ausgleich für die an anderen Tagen ausgefallenen Arbeitsstunden ist nur bei der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit zulässig, nicht aber bei längerer, zum Beispiel der gleichwohl vorzuziehenden achtstündigen (Reichsarbeitsbl. 24, S. 264). Nachlässigkeiten für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sollen nur ausnahmsweise zugelassen werden (Reichsarbeitsbl. 24, S. 262).

V. Sozialversicherung: Invalidenversicherung der Erwerbslosen ist in der Erwerbslosenfürsorgeverordnung nicht vorgesehen (Reichsarbeitsbl. 24, S. 298).

### Arbeitsrechtliche Literatur.

Die wichtigste Verordnung über die Arbeitszeit hat Leipart (Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1924) kommentiert. Er gibt im Vorwort sehr verständlich seine grundsätzlichen Gegenüberstellungen gegen den Entwurf in den Reichslandtag aus. Aber die nun einmal erlassene Vor-schrift will er dessen ungeachtet mit der gebotenen Sachlichkeit kommentieren. Die Erläuterungen sind zu einzelnen Bestimmungen ziemlich ausführlich, zu anderen (zum Beispiel §§ 4, 5, 7) knapp. Aber alle sind so vollständig und verständlich geschrieben, daß sie auch Laien begreiflich sind. Deshalb ist das kleine Buch, das übrigens ebenfalls zum Kampfe gegen die Verletzung des Achtstundentages auffordert, beachtens- und empfehlenswert. Unter den Erläuterungsbüchern zur neuen Arbeitszeitverordnung ist das von Goldbaum (Stille, Berlin 1924) zu nennen. Es gibt unter zeitweiser Benutzung der Rechtsprechung zum früheren Arbeitszeitrecht und unter Heranziehung einiger Literaturauslegungen mittleren Umfangs. Für den Handgebrauch ist es durchaus verwendbar. Bei einer Neuauflage wäre der Abdruck der Ausführungsverordnungen notwendig. Ein außerordentlich beachtenswertes Werk hat Hermann mit seiner Rechtsverfassungsordnung geschaffen (Bahlen, Berlin 1924). In dem Wirrwarr der Sozialversicherung fanden sich die besten Kenner nicht mehr völlig zurecht. Zwar hat das Ministerium die Ermächtigung und Anweisung erhalten, die Rechtsverfassung neu zu kodifizieren. Statt dessen sind aber immer neue Ergänzungen und Änderungen erfolgt. Hermann hat es unternommen, in dieses Chaos Ordnung hineinzubringen. Er hat alle Abänderungen bis zum Juni 1924 in den Text hineingearbeitet. Damit hat er zum ersten Male nach langer Zeit einen Ueberblick über das Sozialversicherungsrecht ermöglicht, für den ihm von allen Interessenten gar nicht genug dankt werden kann. Dr. J.

## Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten 1,14.

### Eine Mahnung an den ADGB.

Was bedeutet die Indexzahl 1,14? Nun, sie bedeutet, daß man der deutschen Bevölkerung und vor allen Dingen der Arbeitnehmerschaft statistisch nachzuweisen vermag, daß die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit nur um 14 Prozent gestiegen sind. Die Arbeitnehmerschaft hat von jeher nicht allzuviel Vertrauen zu derartigen statistischen Erhebungen gehabt, denn gewöhnlich war mit diesen Zahlen nicht viel anzufangen; doch jetzt, wo diese Indexziffer nicht nur den Arbeitnehmern und Arbeitgeberverbänden, sondern bei Streitfällen auch den Schlichtungsausschüssen als Unterlage dient, muß sie anders als in der Vorkriegszeit bewertet werden.

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, wo der Arbeiter wieder keinen Leidriemen von Tag zu Tag enger schnallen muß, wo man wieder beobachten kann, wie die Hausfrauen auf die fortwährende Preissteigerung schimpfen und trostlos den verjüngten Dingen der Arbeiterzeitung — statistisch nachzuweisen, daß eine Verteuerung nicht eingetreten ist — die Reichsindexziffer beträgt nach wie vor 1,14 Millionen.

Die Arbeiterschaft, erbittert über die unzulänglichen Löhne, stellt Forderungen durch ihre Organisation auf Lohnherabsetzung infolge der Preissteigerung, und prompt wird diese Lohnherabsetzung abgelehnt mit der Begründung, die Indexzahl ist doch dieselbe geblieben. Trotzdem die Arbeitgeber diese Preissteigerung selbst an eigenen Geide verspüren, verweigern sie sich den Tatsachen und

lehnen — da die Indexziffer nicht steigen ist — jede Lohnherabsetzung ab. Dasselbe Theater spielt sich vor dem Schlichtungsausschuss ab, als Beweis dient der gegenwärtige Mühlenerbeiterstreik. Wie ist denn nur möglich, daß die Reichsindexziffer nicht höher bemerkt wird? Sehen wir uns einmal die Kleinhandelspreise vom Statistischen Amt der Stadt Breslau an, die an das Reichsstatistische Amt in Berlin weitergegeben werden, so wird uns einleuchten, daß derartige Errechnungen nie zu Gunsten der Arbeiterschaft ausfallen kann. Der durchschnittliche Friedens-Kleinhandelspreis wird für Breslau in der „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 11 und 15. Jahrgang 1924 wie folgt angegeben:

Nahrungsmittel	April 1914	Juli 1914	Differenz im April 1914	Juli 1914	Friedenspreis
für 1 kg	(in M.)	(in M.)			
Kartoffeln	0,24	0,25	0,02	0,02	
Weizenmehl	0,52	0,56	0,04	0,04	
Graupen	0,36	0,42	0,06	0,06	
Erbsen	0,40	0,46	0,06	0,06	
Spermaerbsen	0,42	0,44	0,02	0,02	
Mohrrüben	0,12	0,16	0,04	0,04	
Wasserkress	1,61	1,70	0,09	0,09	
Margarine	1,58	1,66	0,08	0,08	
Zucker	0,48	0,52	0,04	0,04	
Eier (Stück)	0,66	0,68	0,02	0,02	
Steinöl	1,21	1,22	0,01	0,01	

Würde man bei den Preisen vom April 1914 geblieben sein, so müßte in den Reichsindex die Verteuerung, d. h. die Differenz zwischen den Friedenspreisen April, Juli 1914, hineingegenommen werden. Da man sich aber ausgerechnet den Monat Juli 1914 — wo die Preise durch die Kriegsgeldvermehrung waren — als Maßstab ausgemacht hat, so wird diese, d. h. die wirkliche

Verteuerung, von der Indexberechnung nicht erfasst, ja, auf diese Weise wird die Sache so hingestellt, als wenn für verschiedene Artikel gar keine Preissteigerung eingetreten wäre, im Gegenteil, als wenn wir heute z. B. Brot, Weizenmehl, Graupen, Erbsen, Bohnen usw. billiger zu kaufen bekämen als vor dem Kriege. Es ist ein großer Uebertrieb, ob ich die Preissteigerung bei einem Anzug in der Weise berechne, daß er vor dem Kriege 20 oder 40 Mark gekostet hat; bei ersterem würde sich bei heutigem Preis von 50 Mark eine Preissteigerung von 30 Mark, bei letzterem eine solche von nur 10 Mark ergeben. In derselben Weise wird uns die Lebenshaltung „berechnet“, woraus kein Arbeitnehmer einen Vorteil, ja, nur einen Nachteil haben kann. Es ist überhaupt ein Uebertrieb, den Maßstab der Friedenspreise nach einem einzigen Monat zu bemessen — am allerersten Monat Juli 1914. Will man ein klares Bild über den Friedenspreis erhalten, so muß die Preisbewegung aller 12 Monate des Jahres 1913 berücksichtigt werden und erst dann würden wir zu einem richtigen Durchschnitts-Friedenspreis kommen. Doch die Indexzahl so niedrig bemessen ist, liegt nur daran, daß die Friedenspreise zu hoch in Anschlag gebracht werden.

Es ist daher im Interesse der Arbeiterschaft erwünscht, daß sich der ADGB für diese Art Statistik interessiert, daß auch seinerseits Errechnungen vorgenommen werden; andererseits aber, verlassen wir uns nicht allzuviel auf derartige Statistiken, sondern schließen wir uns den Gewerkschaften an, haben wir Vertrauen zur eigenen Kraft, dann — dann haben wir eine Macht — die uns durch keine Statistik gegeben oder genommen werden kann. B. B.